Schriften des Landtages Brandenburg Heft 1/2025

Gedenken an den 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges

LANDTAG BRANDENBURG



Titelbild: Blick in das Kloster Sankt Pauli in Brandenburg an der Havel während der Festveranstaltung am 8. Mai 2025

Inhalt

Geleitwort der Landtagspräsidentin 4

Festveranstaltung in Brandenburg an der Havel
anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 2025 6

1. **Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg** 6
2. **Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg** 12

Aktuelle Stunde der 11. Sitzung des Landtages Brandenburg
Thema: „80 Jahre Befreiung vom Faschismus und Ende des Zweiten Weltkrieges – Mahnung für Frieden in unserer Zeit!“ am 27. März 2025 16

1. **Niels-Olaf Lüders (BSW-Fraktion)** 16
2. **Dr. Dominik Kaufner (AfD-Fraktion)** 19
3. **Ludwig Scheetz (SPD-Fraktion)** 25
4. **Rainer Genilke (CDU-Fraktion)** 31
5. **Andreas Büttner (Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg)** 34
6. **Robert Crumbach (Minister der Finanzen und für Europa)** 37
7. **Dr. Dietmar Woidke (Ministerpräsident)** 41
8. **Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion)** 42
9. **Ludwig Scheetz (SPD-Fraktion)** 51
10. **Gunnar Lehmann (BSW-Fraktion)** 52

Erinnerung ist kein Rückblick, sie ist Verantwortung.



Mit dieser Publikation legt der Landtag Brandenburg die Reden zur Festveranstaltung am 8. Mai 2025 im Paulikloster in Brandenburg an der Havel vor – einem Ort der Geschichte, der Kultur und des würdevollen Erinnerns. Es sind Worte des Innehaltens, des Gedenkens, aber auch des Mahnens und des Weitertragens – in die Gegenwart, in die Zukunft.

Die Broschüre dokumentiert darüber hinaus die Wortbeiträge der Aktuellen Stunde vom 27. März 2025 anlässlich des 80. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkrieges.

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und die Befreiung Deutschlands vom nationalsozialistischen Terrorregime – ein Regime, das millionenfachen Tod, unermessliches Leid und unvorstellbare Verbrechen über Europa und die Welt gebracht hatte. Die Befreiung erfolgte durch die Alliierten – durch Soldaten aus vielen Nationen, von der Normandie bis Berlin, von Nordafrika bis Stalingrad. Viele von ihnen bezahlten ihren Einsatz für Freiheit und Frieden mit dem eigenen Leben. Ihnen allen gilt unser tiefster Dank.

Vor 80 Jahren endete die Herrschaft der Nationalsozialisten – aber nicht das Grauen, nicht das Schweigen, nicht die Traumata. Die Befreiung musste erst in den Herzen und Köpfen stattfinden. Die Erinnerung daran ist ein komplexer, oft schmerzhafter Prozess – aber ein unverzichtbarer. Denn ohne Erinnerung gibt es keine Verantwortung. Und ohne Verantwortung keine Zukunft in Freiheit und Demokratie.

In ihren Reden haben Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke und ich als Präsidentin des Landtages das Gedenken verbunden mit einer klaren Botschaft: Die Erinnerung ist Teil unserer politischen Kultur, unserer demokratischen Identität. Sie verpflichtet uns, die Würde jedes Menschen zu achten, dem Hass zu widersprechen, dem Rechtsextremismus zu widerstehen.

Besonders bewegt haben mich die persönlichen Begegnungen, die Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die Zeugnis ablegen – für sich selbst und für jene, deren Stimmen für immer verstummt sind. Diese Menschen, die Vernichtungslager überlebt haben, erinnern uns daran, dass Geschichte nicht abstrakt ist, sondern kon-

kret. Dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht – mit einem Leben, einer Familie, einer Hoffnung, die zerstört wurde.

Deshalb bleibt es unsere Aufgabe, zu erinnern – auch dann, wenn keine Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mehr unter uns sind. Die Gedenkstätten in Brandenburg, die Schulen, die vielen Initiativen der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Unser Dank gilt allen, die Erinnerung bewahren – und sie zugleich zukunftsfähig machen.

Die Aktuelle Stunde im Landtag im März dieses Jahres hat eindrucksvoll gezeigt, wie stark das Bedürfnis ist, den 8. Mai als „Tag der Befreiung" wachzuhalten – als Mahnung, als Verpflichtung, als Ermutigung. Die Debatte machte auch deutlich, wie notwendig es bleibt, gegen Geschichtsverfälschung, Relativierung und nationalistische Umdeutungen entschieden Stellung zu beziehen.

Die Welt, in der wir leben, ist aus den Fugen geraten. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur unermessliches Leid über ein Land gebracht, dessen Bevölkerung einst selbst Mit-Befreier vom Nationalsozialismus war – er ist auch ein Angriff auf das internationale Völkerrecht, auf die Friedensordnung Europas. Dass die Urgroßväter einst Seite an Seite kämpften und ihre Nachfahren einander heute als Angreifer und Angegriffene gegenüberstehen, schmerzt besonders – und mahnt uns, wie zerbrechlich Frieden ist.

Der 8. Mai bleibt deshalb nicht nur ein historisches Datum. Er ist ein Prüfstein dafür, ob wir als Gesellschaft bereit sind, aus der Geschichte zu lernen – und ob wir mutig genug sind, für Frieden, für Demokratie, für Menschlichkeit einzutreten. Immer wieder. Immer neu.

Mein Dank gilt allen, die sich für Erinnerungskultur stark machen – mit Empathie, mit historischer Verantwortung, mit einem klaren moralischen Kompass.

Möge diese Publikation dazu beitragen, das Gedenken lebendig zu halten.

Herzlichst
Ihre



Prof. Dr. Ulrike Liedtke
Präsidentin des Landtages Brandenburg

Festveranstaltung in Brandenburg an der Havel

anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 2025

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Präsidentin des Landtages Brandenburg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Dietmar Woidke, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Landtages, sehr geehrte Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt, sehr geehrte Landesbeauftragte, liebe Landräte!
Sehr herzlich begrüße ich heute unter uns den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel, Herrn Walter Paaschen, weitere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Michael Müller als Stellvertretenden Bürgermeister, die Vertreter der Verwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, Kirchen und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten sowie den Präsidenten der Technischen Hochschule Brandenburg, Herrn Prof. Dr. Andreas Wilms, den Präsidenten des Oberlandesgerichts, Herrn Matthias Deller, sowie den Direktor des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und des Archäologischen Landesmuseums, Herrn Prof. Dr. Franz Schopper. Besonders begrüßen möchte ich den Regisseur und Filmemacher Jean-Marie Vinclair, dessen Großonkel Raymond Vinclair von der nationalsozialistischen Justiz zum Tode verurteilt und hier in Brandenburg-Görden hingerichtet wurde. Danke, dass Sie heute bei uns sind. Sehr geehrte Gäste, Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger!

Der 8. Mai ist Gedenktag, der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, Befreiung durch die Alliierten. Ihre Musik werden wir im Konzert des Polizeiorchesters hören. Keine traurige Musik, sondern Freude über Befreiung, wieder singen und tanzen zu können, Musik erleben.

Schon im April 1945 hatten französische Truppen das westliche Gebiet vom Rhein besetzt, die Amerikaner das



Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke während ihrer Eröffnungsrede

östliche Rheingebiet bis nach Bayern, englische Truppen waren in Hannover, Hamburg, Schleswig-Holstein. Die Befreiung von Menschen und Orten erfolgte nicht an ein und demselben Tag. Der Kampf um Berlin begann am 16. April 1945, die größte und blutigste Schlacht des Krieges auf deutschem Boden.

Die sowjetischen Befehlshaber standen unter Zeitdruck aus Moskau, wo man den schnellen Vorstoß der westlichen Verbündeten misstrauisch verfolgte. Erst nach drei Tagen und unter großen Verlusten durchbrach die Rote Armee mit siebenfacher Überlegenheit die Stellungen der Deutschen auf den Seelower Höhen und war nicht mehr aufzuhalten. Soldaten der Roten Armee und amerikanische Truppen begegneten sich am 25. April bei Torgau an der Elbe, das war und ist ein Symbol für das Ende kriegerischer Auseinandersetzungen.

Die deutsche Wehrmacht kapitulierte am 7. Mai, am 8. Mai wurde der Akt im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. „Der Krieg ist vorbei“ titelte Schottlands „Daily Record“, die Sonderausgabe der US-amerikanischen Truppenzeitschrift „Stars and Stripes“ wusste schon am 7. Mai „Nazis quit!“.

Wenn heute außerhalb eines kleinen brandenburgischen Ortes eine Tankstelle gebaut werden soll, kann es sein, dass im Boden noch immer die sterblichen Überreste von Soldaten gefunden werden, heute noch. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge versucht, den Toten ihre Namen zurückzugeben. 24.000 Soldaten verschiedener Nationen wurden im Waldfriedhof in Halbe eingebettet, zuletzt vor einer Woche in 100 neuen Gräbern. Die Versöhnung über Gräbern gehört zur europäischen Entwicklung, um Frieden zu schaffen.

Heute vor 80 Jahren war das Schreckensregime der Nationalsozialisten überwunden. Der Schrecken aber nicht – Tatsachen kamen ans Licht, Berichte über Gräueltaten, Anhörungen der Täter, die Erinnerungen der Opfer, in der eigenen Familie, der eigenen Stadt. Söhne, Väter kamen nicht zurück oder brachten ihr großes Schweigen mit.

Die ersten Zeitzeugen kamen von der Front, dann aus sowjetischen Speziallagern. Das Leid der Frauen im Krieg rückte erst später ins Bewusstsein, auf der Flucht, nach Vertreibung, erfahrene Gewalt, die Traumata der Kinder, Schreckliches, weltweit. Nichts wird verschwiegen. Die Chronisten notieren alles.

Die Befreiung hatte gerade erst begonnen, die Befreiung in den Köpfen und Herzen stand noch aus – neuen Mut finden und Hoffnung, Leben in Freiheit. „Anmut sparet nicht noch Mühe“, heißt es bei Brecht und hätte deutsche Nationalhymne werden können 1949, auch 1989, „dass die Völker nicht erbleichen wie vor einer Räuberin, sondern ihre Hände reichen uns wie andern Völkern hin“. Ein sehr guter Text.

Im Westen Deutschlands begann der mühsame Weg zur Demokratie. Im

Osten folgte der Befreiung durch die Rote Armee eine neue Diktatur und Demokratie erst 1989 mit der Friedlichen Revolution.

Einer aktuellen Umfrage in der Zeitung „Die Zeit“ zufolge möchte mehr als die Hälfte mit der NS-Vergangenheit abschließen. Das geht nicht. 60 Millionen Tote, darunter sechs Millionen Juden und Jüdinnen verfolgt und in Konzentrationslagern ermordet, 13 Millionen Opfer in der Roten Armee, viele aus Russland, der Ukraine, Weißrussland, 14 Millionen Zivilisten allein in der Sowjetunion, vier Millionen deutsche Soldaten und gut anderthalb Millionen deutsche Zivilopfer, ebenso viele in unserem Nachbarland Polen. Unvorstellbare Zahlen für gewaltsam beendete Leben, jedes eine eigene Welt.

Beileid, Kränze, Kniefälle an Gedenkstätten gehören zu uns als Deutsche. Es ist unsere Aufgabe, Verantwortung zu übernehmen. Gerade damit Wörter wie Schlachtfeld, Frontlinie, Rüstungsindustrie, Schutzbunker, Kriegsopfer nicht mehr zu unserem Vokabular gehören.

Wie dringlich das ist, erlebt in diesen Tagen jeder Besucher von Ravensbrück und Sachsenhausen. Ambra Laurenzi, Präsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees, zitierte in ihrer Ansprache zu 80 Jahren Kriegsende aus dem „Ravensbrück Gelöbnis“ von 1959. Darin steht:

„Das Unterpfand des Friedens ist die Freundschaft zwischen den Völkern. Mögen sie im edlen, friedlichen Wettstreit um das Gute und Schöne in der Welt ringen. Mögen die internationalen Verhandlungen allseitig vom ehrlichen Willen zur Verständigung getragen sein. Frieden den Völkern – Frieden der ganzen Welt! Das ist unser höchstes Streben. Wir geloben es!“

Meine Mutter verband mit dem Wunsch nach Frieden die große Sorge, dass Politiker an der Macht sein könnten, die keinen Krieg mehr erlebt hätten. Sie hat das so oft gesagt, dass wir schon gar nicht mehr hinhörten. Ausgebombt in Berlin, ihr Kindheitstrauma. Ich habe Verantwortung und nehme sie wahr. Erinnerung als Mahnung.

Wie erinnern wir und was? Die Gedanken sind frei. Das Gedenken demzufolge auch. Erinnerung steht immer in Resonanz zum eigenen Erfahrungshorizont wie zu den Geschichten, die erlebt, gehört, weitererzählt werden. Und zugleich gibt es einen Kanon des Erinnerns, über den Einigkeit besteht in Deutschland. Richard von Weizsäckers Rede zum 8. Mai 1985 gab dafür den grundlegenden Impuls: Der 8. Mai als Tag der Befreiung, Befreiung vom Bombengedröhn, von Zerstörung, Verlust und Angst um Familienmitglieder und Freunde. Nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, auch in Afrika, auf Sizilien, in Japan – einen Weltkrieg hatten die Deutschen und ihre Verbündeten in weit entfernte Länder gebracht. Noch 80 Jahre danach entstehen Bücher, Bilder, Filme, die sich mit dem Nationalsozialismus und seinen Ursachen beschäftigen.

Erinnerungskultur reflektiert das Werden, die Veränderung wie das Gewordensein. Erinnerungskultur ist Bewusstwerdung, ist ein Prozess. Dabei wird ausgeleuchtet, was geschehen ist, ans Licht geholt, was verborgen, überlagert, verdrängt wurde. Was wir nie wahrhaben wollten, was wir nicht begreifen können, was erschreckt, verstört und einen Schmerz auslöst, der nicht zu beherrschen, nicht zu betäuben ist.

Wenn wir davon sprechen, dass Kultur das Gedächtnis der Gesellschaft ist, dann ist Erinnerung ihr unüberschaubarer Fundus. Aus Geschichten, Bildern, Klängen wirkt Geschehenes weiter, wirkt in die Zukunft. Die Zukunft des Einzelnen, die Zukunft der Gesellschaft. Was wir erinnern, wie wir erinnern, haben wir nie ganz in der Hand, sind aber dafür verantwortlich.

Wir sind fähig zur Verdrängung, zur Nivellierung, Verleugnung der Wahrheit über unsere deutsche Geschichte, fähig zur Verleugnung von uns selbst. Wir sind ebenso fähig zu Empathie mit den Opfern, zur Suche nach der Wahrheit, zur Verantwortung für das, was geschehen ist. Nach dem Schrecken, den Deutschland mit dem Faschismus über Europa und die Welt gebracht hat, kann es gar nicht anders sein: Wir bleiben als Deutsche immer anders.

Erinnern ist auch Provokation. Weil man im Betrachten des Leides der Opfer nicht nur mit dem Bösen der Täter konfrontiert wird, sondern auch den eigenen Anteilen am Bösen bei sich selbst begegnet. Ein verstörender und zugleich heilsamer Vorgang, entdeckt in der Trauma-Arbeit. Das gilt für den Einzelnen wie für die Gesellschaft.

Aus dieser Perspektive ist die Erinnerung *unhintergehbar* und verweigert sich der Instrumentalisierung, ganz gleich von welcher Seite.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Tag des Sieges ist heute ein gesetzlicher Feiertag in Frankreich (Fête de la Victoire), Tschechien und der Slowakei, durch den Zeitunterschied am 9. Mai in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Guernsey, Jersey, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland (День Победы), Serbien und Belarus.

Die Ukraine gedenkt heute am 8. Mai der Kriegsopfer. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, spricht im Interview am 27. April 2025 von der notwendigen Befreiung der Ukraine, von Gräueltaten der Russen und schlussfolgert:

„Die Ukraine hat so etwas schon einmal erlebt: während der Besatzung durch die Nazis vor 80 Jahren. Einige Bilder sind vergleichbar.“[1]

Erinnerungsbilder, weitergetragen durch Generationen. Wir sind nach 80 Jahren und weit darüber hinaus zu tiefem Dank an die Befreier verpflichtet. Gerade deshalb schmerzt der russische Angriffs-

1 Dann hört dieser Krieg auf. Interview von Tobias Schibilla und Patrick Diekmann, https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100694388/merz-russland-putin-botschafter-der-ukraine-makeiev-im- interview.html [Letzter Abruf: 30.10.2025]

krieg auf die Ukraine so sehr: Weil Russen, deren Urgroßväter zu den Befreiern gehörten, in brutaler Weise ein Volk bombardieren, das selbst zu unseren Befreiern vom Nationalsozialismus zählte.

Kriege werden nicht gewonnen, sie müssen beendet werden. Damit Frieden und Freiheit möglich werden, der Aufbau einer stabilen demokratischen Ordnung, Freude über Befreiung, wieder singen und tanzen zu können, Musik erleben.

Vielen Dank.

Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Prof. Dr. Liedtke,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister Müller, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Vor wenigen Tagen, am vergangenen Sonntag, hatte ich die große Ehre, mit vier Überlebenden des Konzentrationslagers Sachsenhausen zusammentreffen zu dürfen. Bogdan Bartnikowski aus Polen, Richard Fagot aus Israel, Mykola Urban aus der Ukraine und Jerzy Zawadzki ebenfalls aus Polen waren zum Jahrestag der Befreiung des Lagers nach Sachsenhausen gereist. Und gemeinsam mit vielen anderen Gästen haben wir der über 55.000 Opfer gedacht, die dort im Lager zu Tode gekommen sind.

Mit diesen vier Überlebenden zu sprechen, hat mich tief beeindruckt und berührt. In die Augen von Menschen zu sehen, die das Lager nicht als Gedenkstätte, sondern als Teil der nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie kennengelernt haben, ihre Berichte aus erster Hand zu hören: Das war hochemotional und sehr bewegend für mich.

Manche der Überlebenden kommen jedes Jahr und nehmen trotz ihres hohen Alters immer wieder die Strapazen der Reise auf sich. Sie wollen ganz bewusst an den Ort zurückkehren, an dem Menschen anderen Menschen fast unvorstellbare Dinge angetan haben. Sie wollen der Opfer gedenken, deren Schicksal sie selbst entkommen sind. Denjenigen, die nicht wie sie selbst Familien gründen konnten, die kein Glück mehr erleben konnten, die von den Nazis grausam ermordet wurden.

Es gibt so viele Gründe, heute gegen den grassierenden Rechtsextremismus zu kämpfen. Sich dafür einzusetzen, dass diejenigen, die die deutsche Vergangenheit leugnen, kleinreden oder nicht wahrhaben wollen, nie wieder politische Macht in diesem Land haben dürfen. Ein ganz wichtiger Grund für mich ist unsere Verantwortung gegenüber den Überlebenden des Nationalsozialismus. Mir ist das im Gespräch mit den vier Zeitzeugen am vergangenen Sonntag wieder ganz deutlich geworden:

Diese vier Personen, die zum Teil viele tausend Kilometer gereist sind, um bei uns in Brandenburg zu sein, kämpfen aktiv und mit hohem Einsatz für unsere Gegenwart und Zukunft. Sie setzen sich für unsere Demokratie ein, für unser freies, offenes und tolerantes Land.

Sie sprechen u. a. als Zeitzeugen mit Schülerinnen und Schülern, sie berichten von den schlimmsten Erfahrungen, die ein Mensch machen kann.

Das Mindeste, was sie von uns erwarten können, ist, dass wir sie in ihrem Einsatz unterstützen. Dass wir das Unsrige tun, damit die Erinnerung wachgehalten wird, an den Holocaust als das vielleicht größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit. Und dass wir in unserem Land den Revisionisten, den Leugnern, den offenen und den verkappten Nazis ganz klar sagen: Bis hierhin – und keinen Schritt weiter.

Sehr geehrte Damen und Herren, die wichtige Arbeit, die in unseren Gedenkstätten geleistet wird, ist ein unverzichtbarer Baustein, um diese Verantwortung unsererseits wahrzunehmen. Dort setzt man sich schon lange aktiv damit auseinander, dass die wichtigen Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer weniger möglich sind. Dazu kommt, dass die pädagogische Seite dieser Arbeit sich sehr stark verändert hat und immer weiter verändert.

Ich möchte deshalb im heutigen Moment des Gedenkens auch meinen Respekt für diejenigen ausdrücken, die uns bei diesem Gedenken nachhaltig unterstützen. Ich meine damit alle, die sich für die Erinnerung an den Nationalsozialismus, an den Holocaust, an den Zweiten Weltkrieg einsetzen. Die unsere



Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke während seiner Rede

Erinnerung wachhalten, indem sie mit uns sprechen, so wie die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen natürlich in allererster Linie. Aber gerade auch diejenigen, die in Museen und Gedenkstätten tätig sind. Die Lehrerinnen und Lehrer, die in den Schulen diese Themen bearbeiten und jungen Menschen einen Blick auf die Vergangenheit ermöglichen, der die heutige Verantwortung von uns Deutschen deutlich macht.

In diesen Zusammenhang gehört für mich auch der würdevolle Umgang mit den Toten, mit den Opfern des Zweiten Weltkrieges, auch abseits der Gedenkstätten. Wie Frau Prof. Dr. Liedtke eben schon erwähnte, wurden auf dem Waldfriedhof in Halbe gerade erst vor wenigen Tagen wieder 100 deutsche Kriegstote bestattet, die dort in den letzten Kriegstagen ihr Leben ließen und deren Schicksal vorher nie hundertprozentig geklärt werden konnte.

Die Verachtung der Nationalsozialisten für das menschliche Leben zeigt sich an vielen Stellen, natürlich vor allem in der Art und Weise, wie sie diejenigen auslöschen wollten, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passten. Aber man sieht sie auch daran, wie die deutschen Soldaten in völlig sinnlose Kämpfe geschickt wurden, als der Krieg für Nazi-Deutschland längst verloren war.

Umso wichtiger ist es mir, dass wir heute erkennen, dass der Krieg immer nur Leid hervorbringt. Für die Kämpfenden auf allen beteiligten Seiten, für die Zivilbevölkerung sowieso. Der Tod macht keinen Unterschied zwischen den Uniformen, er kennt keine Nation. Und so liegt die eigentliche Tragödie des Zweiten Weltkrieges in den vielen Millionen Toten insgesamt, in den Vernichtungslagern und auf den Schlachtfeldern. Und sie liegt genauso in jedem einzelnen Schicksal der Opfer, in jeder einzelnen Hoffnung, in jedem nicht gelebten Leben, das durch den Rassenwahn der Nazis, durch den vom Deutschen Reich begonnenen Krieg ein viel zu frühes Ende gefunden hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, genau da schließt sich der Kreis zu unserer Verantwortung und Verpflichtung heute. Es ist das Aufstehen gegen Rassismus, Fremdenhass und Rechtsextremismus in jedem einzelnen Fall. Es ist aber auch der Einsatz für den Frieden. Dafür, dass nicht weiter junge Männer und Frauen an welcher Front auch immer sterben.

Deshalb steckt im Gedenken an die Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges heute der Gedanke, dass darunter viele Russen und Ukrainer waren. Menschen, die Seite an Seite gekämpft haben, die mitgeholfen haben, uns vom Nationalsozialismus zu befreien und seinem Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Umso schlimmer ist es, dass durch den von Russland begonnenen Angriffskrieg jetzt, in diesem Moment, im Osten der Ukraine gerade Menschen sterben. In einem Krieg, der sofort enden könnte, wenn die russische Führung das nur wollte.

Im Gedenken an das Kriegsende heute vor achtzig Jahren will ich deshalb auch meine Hoffnung auf einen gerechten Frieden in diesem Krieg ausdrücken – und zwar möglichst bald. Mykola Urban, der ukrainische Sachsenhausen-Überlebende, den ich am Sonntag treffen durfte, wurde damals von der Roten Armee befreit. Dass sein Land heute von der russischen Armee überfallen wird, empfinde ich im historischen Kontext als schwer zu ertragen.

Unser gemeinsames Gedenken an das Kriegsende 1945 ist deshalb heute von so hoher aktueller Bedeutung. Und es bleibt wichtig, solange es Kriege gibt, solange Aggressoren mit militärischer Macht Grenzen verschieben wollen, solange rassistische und fremdenfeindliche Ideologien immer wieder Zulauf finden.

Nehmen wir also unsere Verantwortung an. Gedenken wir der Toten und trauern wir um sie. Aber wir dürfen es nicht beim Gedenken belassen, sondern ziehen wir daraus die Kraft, uns allen entgegenzustellen, die bis heute nichts aus dieser Zeit gelernt haben.



Nach den offiziellen Reden fand ein Konzert des Landespolizeiorchesters Brandenburg statt. Die Musikerinnen und Musiker spielten zeitgenössische Titel aus den alliierten Nationen und die Europa-Hymne.

Aktuelle Stunde der 11. Sitzung des Landtages Brandenburg

Thema: „80 Jahre Befreiung vom Faschismus und Ende des Zweiten Weltkrieges – Mahnung für Frieden in unserer Zeit!“ am 27. März 2025

Auszug aus dem Plenarprotokoll 8/11 – 27.03.2025

Niels-Olaf Lüders

Vorsitzender der BSW-Fraktion



Niels-Olaf Lüders

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen! Am 8. Mai 2025 jähren sich der Tag der Befreiung vom Faschismus sowie das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa zum 80. Mal. Da vorher keine reguläre Plenarsitzung des Landtages Brandenburg mehr stattfindet, hat die BSW-Fraktion bereits für heute eine Aktuelle Stunde anlässlich des 8. Mai beantragt.

Infolge des Vernichtungsfeldzugs Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten wurden im Zweiten Weltkrieg weite Teile Europas in Schutt und Asche gelegt.

Über 60 Millionen Menschen wurden getötet. In den Konzentrations-, Vernichtungs- und Kriegsgefangenenlagern und den besetzten Gebieten ermordeten die Faschisten systematisch Millionen Menschen – aufgrund ihrer politischen Gesinnung, ihrer Religion, ihrer ethnischen Abstammung oder wegen ihres heldenhaften Widerstands gegen das Regime. Das europäische Judentum wurde fast gänzlich ausgelöscht. Hunderttausende Kranke wurden in Anstalten getötet.

Auch unsere märkische Heimat blieb im Zweiten Weltkrieg nicht verschont. Sie gehörte neben den durch Bombenangriffe zerstörten Großstädten zu den am schwersten verwüsteten Gebieten Deutschlands. Die Schlacht um die Seelower Höhen, die Kesselschlacht von Halbe sowie die Schlacht um Berlin forderten noch in den letzten Wochen und Tagen des Krieges das Leben Zehntausender Soldaten und Zivilisten. Wir verneigen uns vor allen Opfern.

(Beifall BSW, SPD und CDU sowie des Abgeordneten Lars Hünich [AfD])

Und es bleibt uns für immer unvergessen: Es war die sowjetische Rote Armee unter Führung der Marschälle Georgi Schukow, Iwan Konew und Konstantin Rokossowski, die zusammen mit den Einheiten der Polnischen Volksarmee unser Brandenburg von diesem Terror befreite.

(Beifall BSW)

Dafür gebührt all diesen Veteranen ewiger Dank. Das Bündnis Sahra Wagenknecht wendet sich entschieden gegen jegliche Versuche, diese Geschichte umzuschreiben, die Verbrechen von Nazikollaborateuren – wie Stepan Bandera – reinzuwaschen oder die Heldentaten der Roten Armee zu minimieren oder gar zu verleugnen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hanko [AfD])

Es ist zutiefst besorgniserregend, dass in vielen Teilen Europas, insbesondere in den baltischen Staaten sowie in der Ukraine, Monumente der Roten Armee heruntergerissen und Nazikollaborateure hofiert werden. Beispielhaft sei hier nur die Umbenennung des Moskowski-Prospekts in Kiew zum Stepan-Bandera-Prospekt erwähnt.

(Dennis Hohloch [AfD]: Wieso denn?)

Ein Tiefpunkt dieser Entwicklung wurde im Jahr 2023 erreicht. Im kanadischen Parlament wurde mit Jaroslaw Hunka ein ehemaliger Kämpfer der Waffen-SS-Division „Galizien“ als „heldenhafter Kämpfer gegen die Russen im Zweiten Weltkrieg“ vorgestellt; sogar die dort anwesende deutsche Botschafterin hat das beklatscht. Wie peinlich und beschämend ist bitte eine solche Geschichtsvergessenheit!

(Beifall BSW)

Diesem Trend der Geschichtsvergessenheit oder gar des bewussten Geschichtsrevisionismus stellt sich das BSW entgegen – auch hier in Branden-

burg. Deshalb bringen wir gemeinsam mit der SPD einen Entschließungsantrag ein, mit dem wir die Landesregierung unter anderem auffordern, die Erinnerungsarbeit mit den KZ-Überlebenden und den Nachkommen der zweiten und der dritten Generation zu verstärken; zu der zuletzt genannten Gruppe gehöre ich übrigens selbst. Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern während ihrer Schulzeit die Möglichkeit geben, mindestens einmal eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus zu besuchen.

(Beifall BSW und SPD)

Wir bringen mit unserem Entschließungsantrag noch etwas anderes auf den Weg: Wir wollen, dass der Tag der Befreiung endlich zu einem gesetzlichen Feiertag wird, zumindest im Fünfjahresturnus, beginnend am 85. Jahrestag am 8. Mai 2030.

(Dr. Jan Redmann [CDU]: Nee, Sie wollen prüfen, ob es einer werden kann!)

Die Landesregierung bekommt von uns heute den Auftrag, eine entsprechende Änderung des brandenburgischen Gesetzes über die Sonn- und Feiertage zu prüfen. Das ist absolut angemessen, um die Befreiung gebührend in Erinnerung zu rufen und niemals zu vergessen.

Niemals sollten wir vergessen, dass die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg mit 27 Millionen Menschen die meisten Opfer zu beklagen hatte. Eine vollständige Aussöhnung mit allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist uns aufgrund dieser historischen Verantwortung ein besonderes Anliegen.

(Beifall BSW sowie vereinzelt SPD)

Die Toten mahnen uns, den Frieden immer wieder aufs Neue zu verteidigen und zu bewahren. „Nie wieder!“ heißt für uns auch: Nie wieder darf ein deutscher Panzer gen Osten rollen!

(Beifall BSW)

Und nie wieder darf ein deutsches Gewehr gen Osten schießen!

(Beifall BSW)

Unsere polnischen Nachbarn hatten infolge des Zweiten Weltkrieges über fünf Millionen Tote zu beklagen. Auch das verpflichtet uns zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen und zum gegenseitigen Verständnis. Nicht zuletzt deshalb begrüßen wir, dass sich die Beziehungen und Verflechtungen zwischen Brandenburg und Polen in den vergangenen Jahren deutlich intensiviert haben. Freundschaftliche Beziehungen mit dem Nachbarland Polen besitzen in Brandenburg völlig zu Recht Verfassungsrang.

(Beifall BSW und SPD)

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Seine Wahrung bedarf konkreter Schritte. Dazu gehört es – wie wir in unserem Koalitionsvertrag vereinbart haben –, Initiativen zu unterstützen, um wieder zu

Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zu einem dauerhaften Frieden in Europa zu kommen. Für das Bündnis Sahra Wagenknecht ist ebenso klar, wie es das schon für Willy Brandt war: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."

(Beifall BSW und SPD sowie des Abgeordneten Lars Hünich [AfD])

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BSW und SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat Herr Dr. Kaufner das Wort. Bitte schön.

Dr. Dominik Kaufner

Mitglied der AfD-Fraktion



Dr. Dominik Kaufner

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Besucher! Die deutschen Opfer alliierter Kriegsverbrechen kommen in unserer Erinnerungspolitik bis heute kaum vor. Das ist ein schlimmes Versäumnis und eine Schande –

(Beifall AfD)

genauso eine Schande wie der Wortlaut Ihres Antrags zur Aktuellen Stunde, meine Damen und Herren vom BSW, der ohne dieses Versäumnis undenkbar wäre. Es ist besonders befremdlich, wenn Sie

schreiben, dass die Rote Armee unter Schukow, Konew und Rokossowski zusammen mit Einheiten der Polnischen Volksarmee unsere märkische Heimat „befreit“ habe und ihr dafür „ewiger Dank“ gebühre. Mehr stalinistische Begrifflichkeit kriegt man in einen Antrag kaum hinein. Mich wundert es nicht, dass Sie diese pathetische Formulierung im sonst fast textgleichen Entschließungsantrag zu entschärfen versucht haben; vermutlich hätte die CDU-Fraktion sonst gar nicht mitgezeichnet.

(Dr. Jan Redmann [CDU]: Wir haben nicht mitgezeichnet! – Dennis Hohloch [AfD]: Gestern schon!)

– Gestern lag das so rum, okay. Ich verstehe Sie. Gerade in Ostbrandenburg war die Gewaltorgie der Rotarmisten unvergleichbar brutal: Von den 642.000 Einwohnern der Neumark kamen 250.000 – eine viertel Million –, ein Drittel der Gesamtbevölkerung, ums Leben. In Orten wie Blumenfeld oder Breitenstein, um nur zwei Beispiele herauszugreifen, machten diese dabei regelrecht Jagd auf Frauen, töteten im erstgenannten Ort zwei junge Mädchen, die sich der Vergewaltigung widersetzten, im zweiten zerrten sie die Mädchen und Frauen des Ortes auf die Straße und vergewaltigten sie öffentlich über Stunden. Am Ende erschossen sie 36 der so Geschändeten, sechs weitere nahmen sich danach das Leben. Selbst Kinder und Alte wurden nicht geschont, Männer willkürlich totgeprügelt und erschossen. In diesem Teil der brandenburgischen Mark wurde sicherlich niemand „befreit“.

(Beifall AfD)

Auch nach dem 8. Mai, nach Ihrem „Tag der Befreiung“, endeten die massenhaften Schändungen deutscher Frauen und Mädchen über Wochen weder in Brandenburg noch anderswo. Insgesamt geht man von zwei Millionen Frauen aus, die diese entsetzlichen Verbrechen erleiden mussten. Es sei an dieser Stelle auch angemerkt, dass zu denen, die 1945 eben nicht befreit wurden, sogar russische Kriegsgefangene gehörten, die wie etwa in Schönrade, im Kreis Friedeberg, in größerer Zahl willkürlich ausgesondert und erschossen wurden, nachdem die Rote Armee das dortige Kriegsgefangenenlager „befreit“ hatte bzw. erreichte – das ist das bessere Wort, weil Stalin ja die Weisung ausgegeben hatte, dass man sich nicht gefangen nehmen lassen dürfe.

In Bomst, im Kreis Züllichau, wurden französische Kriegsgefangene nach dem Einrücken der Roten Armee in die Sowjetunion deportiert und nicht, wie man ihnen beim Besteigen des Zuges gesagt hatte, in ihre Heimat gebracht. Nicht selten wurden Zwangsarbeiterinnen, die auf ihre Befreiung durch die Rote Armee gehofft hatten, ebenfalls missbraucht. Die Vertreibung und Zwangsumsiedlung von 15 Millionen Ostdeutschen zwischen 1944 und 1950 ist laut dem Historiker Michael Schwartz die „größte ethnische Säuberung Europas“ und wird gar als „idealtypisch“ für die seit 1992 von der UN festgelegte Definition von ethnischer Säuberung genannt.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Dr. Dominik Kaufner (AfD-Fraktion): An dieser Stelle möchte ich nicht unterbrochen werden. – Durch Massaker, Internierungen in Lagern, verdeckt organisierte Vertreibungsaktionen und Zwangsdeportationen haben die Sowjets das gesamte kulturelle Erbe der Deutschen in Osteuropa – von der brandenburgischen Neumark über das Sudetenland bis zum Banat – ausgelöscht.

Sie erwähnen in Ihrem Antrag auch die bedeutenden Gedenkstätten, die in Brandenburg liegen. Sicherlich wissen Sie: Das KZ Sachsenhausen wurde beinahe nahtlos zum sowjetischen Speziallager umfunktioniert, in dem ebenfalls politische Häftlinge untergebracht wurden, wenn sie nicht gleich nach Sibirien in den Gulag kamen.

Der einzige Aspekt Ihres Antrags, dem ich zustimmen kann, ist der Gedanke der Völkerverständigung und die Feststellung, dass wir uns nicht durch Verblendung und Aufrüstung in einen neuen Krieg hetzen lassen sollten.

(Beifall AfD)

Wenn Sie die Rechtfertigung für Ihre außenpolitische Haltung aber nur in der Umdeutung der Geschichte finden können, dann tun Sie mir leid. Tatsächlich ist die Darstellung, die wir von den Partnern Ihres Entschließungsantrages – also jetzt nur noch von der SPD – immer wieder hören, nämlich dass Putins Russland jeden Moment über unser Land herfallen könnte, hysterisch und unrealistisch.

(Beifall AfD)

Das gilt allerdings nicht für das Sowjetrussland Stalins, das Sie in Ihrer Aktuellen Stunde glorifizieren wollen, denn das marxistische Russland hat seine Nachbarn Finnland und Polen tatsächlich überfallen, ist tatsächlich einer weltrevolutionären Eroberungsideologie gefolgt, hat tatsächlich unfassbare Kriegsverbrechen und Massenmorde zu verantworten und hat tatsächlich halb Europa für ein halbes Jahrhundert unterjocht und demokratische Aufstände brutal niedergeschlagen.

(Beifall AfD)

Die Ostdeutschen – kurz davor übrigens auch die Tschechen – gingen nur wenige Jahre nach Ihrem „Tag der Befreiung“, am 17. Juni 1953, gegen dieses Regime auf die Straßen und wurden dafür zum Teil standrechtlich erschossen oder nach Sibirien deportiert. Diese Menschen haben sicherlich nicht aus Übermut den Aufstand gegen ihre „Befreier“ geprobt. Auch in Polen, dessen besondere Freundschaft zu Brandenburg Sie im Antrag ja betonen, dürfte bei Ihrer Sowjetromantik kaum irgendjemand mitgehen.

(Beifall AfD)

Die in Ihrem Antrag genannten 5 Millionen Toten gehen zum Teil eben auch auf das Konto der Sowjets, die in Katyn und anderswo Massaker an der polnischen Bevölkerung verübt haben. Zu den Verbrechen der Roten Armee in Polen und Ungarn oder im Baltikum konnte ja sowieso erst nach dem Zerfall der Sowjetunion wirklich geforscht werden, und in diesen Ländern ist das Verhältnis zu Russland aufgrund dieser Erkenntnisse heute zum Teil schwer gestört.

Werte Kollegen vom BSW, Sie entlarven sich als das, was Sie sind: einfach nur eine umbenannte Linkspartei, inklusive stalinistischen Geschichtsbildes der SED, aus der Sie entstanden sind.

(Beifall AfD)

Und wie Sie sicher wissen, wurde der Begriff des „Tags der Befreiung“ zum ersten Mal 1949 im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED, öffentlich propagiert und der Tag 1950 von der SED als Feiertag eingeführt. In diese erinnerungspolitischen Fußstapfen treten Sie gemeinsam mit der SPD heute mit Ihrem Entschließungsantrag.

(Beifall AfD)

Dort gilt Ihr Dank dann aber nicht mehr nur der Roten Armee, sondern den Alliierten als Ganzes – also zum Stalinismus noch ein gerüttelt Maß „Reeducation Westimport“. Wahrscheinlich hätten Sie Ihre Transatlantikerfreunde sonst nicht zur Mitzeichnung bewegen können, bzw. das wurde dann ja auch wieder zurückgezogen, und Sie wollten wahrscheinlich gerne eine Allparteienfront der deutschen demokratischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus haben.

Ich nutze jedenfalls dankbar die Gelegenheit, auch hier das Bild zu vervollständigen: Die gezielt gegen die deutsche Zivilbevölkerung und gegen historische Innenstädte gerichteten Flächenbombardements der Briten und Amerikaner suchen in der Geschichte des Westens ihresgleichen – und das noch nach dem militärischen Zusammenbruch und ohne militärischen Nutzen, bis kurz vor dem Waffenstillstand am 8. Mai, den Sie hier als „Tag der Befreiung“ feiern wollen. Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder wurden getötet, verbrannten bei lebendigem Leib, wurden regelrecht eingeäschert. Wo wir heute sitzen, versank Potsdam in der Nacht des 14. April 1945 binnen 36 Minuten in Schutt und Asche – noch am 14. April. Knapp 1.600 Menschen wurden dabei getötet, und so wie Potsdam erging es unzähligen Städten und Gemeinden.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Auch wenn die Logik des In-die-Freiheit-Bombens im Wertewesten bis heute verbreitet ist und wir den geschmacklosen Veitstanz der „Bomber Harris, do it again“-Jünger jedes Jahr ertragen müssen – es sind und bleiben entsetzliche Kriegsverbrechen.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, es wird Zeit, auch der deutschen Opfer zu gedenken und diese entsetzlichen Kriegsverbrechen nicht länger zu verharmlosen. Folgen Sie deswegen unserem Entschließungsantrag, damit der unsägliche Terminus „Tag der Befreiung“ nicht länger unsere Toten verhöhnt. Es gibt hier nichts zu feiern, nur zu trauern. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Als nächste Rednerin steht Frau Abgeordnete Hildebrandt für eine Kurzintervention bereit. Bitte schön.

(Beifall SPD)

Elske Hildebrandt (SPD-Fraktion):



Elske Hildebrandt

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Der Entschließungsantrag und Ihr Wortbeitrag sind unerträglich und würdelos.

(Beifall SPD und BSW)

Sie schaffen es in einer Aktuellen Stunde zum Thema „80 Jahre Kriegsende“ nicht einmal, die 60 Millionen Opfer zu erwähnen, geschweige denn die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden.

Sie haben offensichtlich ein Problem mit dem Befreiungsbegriff,

(Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Ja!)

auch mit dem Begriff Antifaschismus, wie wir lernen konnten,

(Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Ja!)

und Sie verwechseln Ursache und Wirkung bzw. die Folgen.

(Dennis Hohloch [AfD]: Ach, das war gerechtfertigt?! Die Vergewaltigung von Frauen war gerechtfertigt?!)

Und spätestens seit der legendären Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker 1985 ist der Befreiungsbegriff auch in Westdeutschland etabliert. Mein Kollege Genilke wird darauf noch eingehen.

(Dennis Hohloch [AfD]: Ach, Sie haben sich abgesprochen?! Sehr gut! – Lachen bei der AfD)

Ihre Probleme, die Sie mit dem Befreiungsbegriff haben, passen auch dazu, dass Sie den Begriff „Selbsthass“ gestern als Wort genutzt haben, mit dem Sie Reflexion über die deutsche Schuld und Gedenkkultur bezeichnen. Es passt auch dazu, dass Sie Hakenkreuze in Schulen als „irgendwelche Schmierereien“ bezeichnet haben.

(Beifall SPD, BSW und CDU – Zuruf von der AfD)

Ich wollte Sie fragen – Sie haben meine Zwischenfrage nicht zugelassen –: Dass vor 80 Jahren Deutschland und Europa von einem menschenverachtenden, faschistischen System befreit wurden – stimmen Sie dem zu? Ja oder nein? Dass Inhaftierte aus Konzentrationslagern, aus Zuchthäusern befreit wurden – stimmen Sie dem zu? Ja oder nein?

(Beifall SPD und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Herr Abgeordneter Kaufner, möchten Sie darauf reagieren? – Bitte schön.

(Unruhe bei der AfD – Steeven Bretz [CDU]: Aber immerhin hat er gegendert!)

Dr. Dominik Kaufner (AfD-Fraktion):

Frau Hildebrandt, unerträglich und würdelos ist das, was Sie hier abliefern.

(Beifall AfD)

Die Art und Weise, wie Sie Tote und Opfer gegeneinander aufrechnen wollen, ist pietätlos und geschmacklos.

(Beifall AfD)

Nichts rechtfertigt Kriegsverbrechen – gar nichts. Es gibt auch keine Konvention und kein Kriegsvölkerrecht der Welt, das das irgendwie rechtfertigen würde. Sie sollten sich schämen.

(Beifall AfD – Ludwig Scheetz [SPD]: Antworten Sie auf die Frage!)

Sie bleiben in Ihrer Begrifflichkeit natürlich im Jargon der SED, das habe ich schon im Ausschuss erwähnt. Dort wurde groß geleugnet, dass der Begriff Antifaschismus überhaupt in den 20er-Jahren von der KPD geprägt wurde. Das kann man sogar auf der Internetseite des Verfassungsschutzes nachlesen. Den bemühen Sie ja sonst so gerne.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Rüter [SPD])

Nehmen Sie einfach mal ein paar Stunden in politischer Bildung, dann können wir an dieser Stelle weiterreden.

(Beifall AfD – Dennis Hohloch [AfD]: Vor allem in Brandenburg!)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle den Hinweis auf die Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, damals noch aus Bonn, in der er an das Leid aller vom Krieg be-

troffenen Menschen erinnerte und dann zu der Schlussfolgerung mit dem Begriff „Tag der Befreiung“ kam.

(Lena Kotré [AfD]: Ist das eine Rede, die Sie gerade halten?! – Zuruf des Abgeordneten Dennis Hohloch [AfD])

Das Leid aller – das ist mir an dieser Stelle wichtig.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Herr Abgeordneter Scheetz hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Zurufe von der AfD – Gegenruf von der CDU: Warum seid ihr denn so rechts?! – Lachen bei der CDU – Unruhe)

Ludwig Scheetz

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion



Ludwig Scheetz

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen ausdrücklich, Frau Präsidentin, für die gerade vorgenommene Einordnung der Rede von Richard von Weizsäcker.

Am 8. Mai 2025 jährt sich die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zum 80. Mal. Acht Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stehen wir als demokratisch gewählter Landtag in der Verantwortung, diesen

Tag nicht nur als historischen Moment zu würdigen, sondern seine Bedeutung für Gegenwart und Zukunft klar zu benennen.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Wir gedenken der Opfer, wir danken den Befreiern und wir bekräftigen unsere Verantwortung für Frieden, Demokratie und Erinnerungskultur hier in Brandenburg, in Deutschland und in Europa.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der 8. Mai war ein Tag der Befreiung, aber kein Tag der Erlösung. Zu tief waren die Wunden, die der Faschismus geschlagen hatte, zu groß war das Leid, das von deutschem Boden ausging. Über 60 Millionen Menschen verloren durch den Zweiten Weltkrieg ihr Leben – Männer, Frauen, Kinder –, die meisten von ihnen in der Sowjetunion, über fünf Millionen allein in Polen.

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hat Europa verwüstet, ganze Städte zerstört, Familien zerrissen, das europäische Judentum nahezu ausgelöscht – und Brandenburg war mittendrin. Die Schlacht um die Seelower Höhen, die Kesselschlacht von Halbe, die Schlacht um Berlin – sie gehören zu den grausamsten Kapiteln der letzten Kriegswochen, und sie fanden auf unserem Boden statt.

Zehntausende Menschen starben in den letzten Tagen, oft in den letzten Stunden, bevor endlich die Waffen schwiegen. Deshalb ist Brandenburg auch Erinnerungsland.

(Beifall SPD und BSW sowie vereinzelt CDU)

Mit Sachsenhausen und Ravensbrück befinden sich zwei zentrale Gedenkstätten nationalsozialistischer Verbrechen in unserem Bundesland. Der Belower Wald, das Zuchthaus Brandenburg-Görden, die ehemalige Euthanasie-Anstalt – sie alle mahnen uns: Diese Geschichte ist nicht vergangen. Sie ist Teil unseres Landes, Teil unserer Verantwortung. Diese Orte sind keine Ruinen der Vergangenheit, sie sind Mahnmale dessen, was geschehen ist und was nie wieder geschehen darf.

(Beifall SPD und BSW sowie vereinzelt CDU)

Sie sind Orte der Aufklärung, des Lernens und des Mitgefühls, zugleich sind sie Prüfsteine für unsere Gegenwart.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum 80. Jahrestag der Befreiung bereitet die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gemeinsam mit vielen Partnern im In- und Ausland ein vielfältiges und würdiges Gedenken vor. Dazu gehören Zeitzeugengespräche, damit das Unfassbare nicht abstrakt bleibt, sondern persönlich erfahrbar wird. Dazu gehören internationale Begegnungen, die verdeutlichen, dass Erinnerung nicht an nationalen Grenzen endet, sondern europäisch und global

gedacht werden muss. Dazu gehört eine 24-Stunden-Lesung der Namen der Opfer, die zeigt: Hinter jeder Zahl steht ein Mensch, ein Name, ein Leben. – Thematische Ausstellungen, historische Rundgänge, Gedenkzeichen im öffentlichen Raum für ein Erinnern, das sichtbar, hörbar und spürbar wird. Herzlichen Dank an Herrn Drecoll als Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und an sein Team für alles, was dort organisiert wird.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Diese Veranstaltungen sind keine Routinen, sie sollten aber ein Pflichtprogramm sein. Sie sind ein öffentliches Versprechen, dass wir nicht vergessen, nicht relativieren, nicht wegsehen. Sie geben den Opfern ihre Würde und ihren Platz in der Geschichte zurück und sie nehmen uns – die Nachgeborenen – in die Pflicht, zu erinnern, auch wenn Zeitzeugen fehlen, zu handeln, wenn Geschichte missbraucht wird, zu schützen, was aus der Befreiung wachsen konnte: Demokratie, Freiheit, Menschenrechte. Erinnerungskultur ist nichts Vergangenes, sie ist Gegenwartspolitik – und sie ist vor allem Zukunftssicherung.

(Beifall SPD und BSW sowie vereinzelt CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es reicht nicht, Kränze niederzulegen. Erinnerung braucht Haltung, Erinnerung braucht Entscheidungen. Wenn heute Synagogen wieder unter Polizeischutz stehen müssen, wenn Menschen in unserem Land Jüdinnen und Juden auf offener Straße anfeinden, wenn Stolpersteine geschändet werden, wenn Bücher aus Schulbibliotheken verschwinden sollen, wenn rechtsextreme Netzwerke wuchern,

(Oh! bei der AfD)

dann sind wir als Demokratinnen und Demokraten gefordert, entschieden zu widersprechen.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Wenn Politiker in diesem Land von einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ sprechen, meinen sie nicht Geschichtsbewusstsein, sie meinen Geschichtsvergessenheit. Wenn eine Partei in diesem Haus offen versucht, die NS-Verbrechen zu relativieren, die Befreiung umzudeuten und Opfergruppen gegeneinander auszuspielen, sagen wir ganz klar: Nicht mit uns!

(Beifall SPD, BSW und CDU – Zuruf von der AfD)

Der 8. Mai ist kein Tag der Niederlage. Es war der Tag, an dem Deutschland und Europa die Chance bekamen …

(Zuruf von der AfD: Doch!)

– Allein dieser Zwischenruf, dass Sie „doch“ sagen, sagt alles aus, sagt alles über Sie aus!

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Es war der Tag, an dem Deutschland und Europa die Chance bekamen, wieder frei zu atmen. Deshalb ist es unerträglich, wenn ausgerechnet die AfD einen Entschließungsantrag vorlegt, der den 8. Mai als Tag der Befreiung in Zweifel zieht – und das nicht nur leise. Was dort steht, ist kein Beitrag zur Erinnerungskultur, es ist ein Frontalangriff auf historische Wahrheit und ein schäbiger Versuch, Täter- und Opferrollen zu vertauschen.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Wer das Leid von Vertriebenen und das Verbrechen von Auschwitz gegeneinander aufrechnet, verachtet beides.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Natürlich gab es deutsche Opfer.

(Zuruf von der AfD: Ach!)

Natürlich gab es Gewalt, auch nach dem Krieg. Doch ohne den verbrecherischen Krieg, den Deutschland begonnen hat, hätte es all dieses Leid nicht gegeben. Diese Wahrheit ist unbequem, aber sie ist die Grundlage jeder ernst zu nehmenden Gedenkpolitik. Deshalb lehnen wir den AfD-Antrag natürlich ganz entschieden ab!

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erleben einen massiven Rechtsruck in Europa. Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Verschwörungsdenken – alles wieder sichtbar, hörbar und gefährlich. Es gilt: Wer jetzt schweigt, macht sich mitschuldig. – Und wer heute wie die AfD den Begriff „Befreiung“ aus dem öffentlichen Diskurs verbannen will, zeigt: Es geht nicht um Gedenken. – Es geht der AfD nicht um Gedenken, es geht ihr um Geschichtsklitterung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, statt auf Relativierung und geschichtsblinde Umdeutung, wie wir sie im Antrag der AfD erleben, setzen wir als Koalition auf eine klare Haltung und konkrete Schritte. Der gemeinsame Entschließungsantrag von SPD und BSW bekräftigt, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war – für Europa, für Millionen Menschen, auch für unser Land. Er benennt das unermessliche Leid des Zweiten Weltkrieges, die Rolle Brandenburgs als Schauplatz schwerer Kämpfe und Ort nationalsozialistischer Verbrechen, die Verantwortung gegenüber den Opfern und den nachfolgenden Generationen und das Vermächtnis der Befreier.

Doch der Antrag geht über das Erinnern hinaus, er zeigt, was daraus folgt. Wir als SPD wollen die Brandenburger Gedenkstätten als Orte des Lernens, der Reflexion und der Mahnung erhalten und stärken – nicht nur baulich, sondern auch pädagogisch und gesellschaftlich. Jeder Schülerin und jedem Schüler soll im Laufe der Schulzeit die Möglichkeit gegeben werden, eine Gedenkstätte zu besuchen – mit pädagogischer Begleitung, altersgerecht und mit Raum

für Fragen, Austausch und zum Nachdenken. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine bessere finanzielle Ausstattung dieser Orte ein, denn Erinnerung braucht Ressourcen – ganz klar.

(Beifall SPD und BSW sowie des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])

Das ist keine Symbolpolitik, das ist gelebte Verantwortung, und das ist die klare Botschaft: Wir vergessen nicht, wir verdrängen nicht und wir stehen für Demokratie und Menschenwürde ein – wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch auf die Frage eingehen, inwieweit wir den seit 2015 verankerten Gedenktag weiterentwickeln können. Bereits vor zehn Jahren, im Jahr 2015, wurde hier im Brandenburger Landtag – ich war damals noch nicht dabei – über das Vierte Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes diskutiert und der 8. Mai als Gedenktag eingeführt. Ich habe die Debatte damals verfolgt und kann mich auch gut erinnern: Sie war würdevoll, aber auch umstritten. Die SPD hat sich dafür eingesetzt, ein starkes Zeichen für Erinnerung und Verantwortung zu setzen. Es ging nie um eine bloße historische Pflichtübung – es ging und geht um Haltung. Diese Haltung gilt für mich bis heute.

Was spricht also für einen Gedenktag? Der Gedenktag hat sich bewährt: Er gibt uns die Möglichkeit, mit schulischen Projekten, Gedenkveranstaltungen und kulturellen Formaten aktiv zu erinnern, ohne den Tag mit arbeitsrechtlichen Fragen zu belasten. Viele Kommunen, Schulen, Kultureinrichtungen und Gedenkstätten nutzen diesen Tag bereits mit großem Engagement, um gerade junge Menschen an die Verantwortung des Erinnerns heranzuführen – und der Gedenktag erlaubt uns Flexibilität in der Gestaltung.

Was spricht für einen Feiertag? Die symbolische Form genügt gleichzeitig vielen nicht mehr – das haben die letzten Jahre gezeigt. Angesichts der wachsenden Geschichtsvergessenheit in Teilen der Gesellschaft und der Angriffe insbesondere von rechtsextremen Akteuren auf unsere Erinnerungskultur stellt sich die Frage: Reicht das noch? – Ein gesetzlicher Feiertag würde das Gedenken am 8. Mai gesellschaftlich sichtbarer machen, es strukturell verankern.

Und deshalb finde ich es klug und verantwortungsvoll, dass wir im Entschließungsantrag von SPD und BSW gemeinsam festhalten: Wir prüfen, ob der 8. Mai ab 2030 im Fünfjahresrhythmus als gesetzlicher Feiertag begangen werden kann. Wir regen dazu eine entsprechende Anhörung im Fachausschuss an. Das ist ein Angebot, ein Prüfauftrag, kein Automatismus – das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen. Der 8. Mai ist ein Tag der Befreiung, und er verdient eine herausgehobene Erinnerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Demokratie, in der wir heute

leben, ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis von Widerstand, Mut und Befreiung – und sie bleibt verletzlich, wenn wir sie nicht verteidigen. Deshalb sagen wir heute: „Nie wieder!“ ist jetzt!

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Der 8. Mai ist kein Schlussstrich. Er ist ein Tag der Demut, ein Tag des Innehaltens und ein Tag des Auftrags. Wir bekennen uns heute zur Verantwortung vor der Geschichte, zur Solidarität mit den Überlebenden, zum Schutz aller, die auch heute wieder Ziel von Hass und Ausgrenzung werden, und zu einer Erinnerungskultur, die lebt, weil sie wirkt. Ich danke allen, die in Brandenburg tagtäglich daran mitwirken – in Schulen, in Gedenkstätten, in Vereinen, Initiativen oder sonst wo.

„Nie wieder!“ heißt nie vergessen, nie schweigen und nie wegsehen.
– Vielen Dank.

(Beifall SPD, BSW und CDU – Zuruf des Abgeordneten Dennis Hohloch [AfD])

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Danke schön. – Meine Damen und Herren, Herr Dr. Kaufner hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte sehr.

(Beifall AfD)

Dr. Dominik Kaufner (AfD-Fraktion): Ihr Hohelied auf die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten zeigt, worum es Ihnen eigentlich geht: parteipolitische Instrumentalisierung.

(Beifall AfD – Lachen des Abgeordneten Wolfgang Roick [SPD])

Sie missbrauchen das Gedenken für Parteipolitik – wie das übrigens auch Prof. Drecoll tut. Er hat am 19. Februar einen Aufruf gezeichnet, der den Titel „Wählen gehen für die Demokratie“ trägt. Dabei wird explizit die AfD attackiert; das hat mit der Aufgabe dieser Stiftung überhaupt nichts zu tun.

Man fragt sich natürlich: Warum schweigt er, warum äußert er sich nicht, wenn beispielsweise linksextremistische Gruppen die CDU-Einrichtungen – auch die Parteizentrale – belagern? Warum äußert er sich nicht, wenn sich zum Beispiel die Partei Die Linke an dieser moralischen Panik gegen die AfD beteiligt und Gregor Gysi in Sturmhaube ein Video dreht und zum Aktivismus auffordert? Wo bleiben da die starken Worte?

(Beifall AfD)

Diese öffentlichen Stellungnahmen sind eben sehr einseitig – wie vieles bei dieser Gedenkpolitik. Deswegen würde ich sagen, das ist kein gutes Beispiel.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Herr Abgeordneter Scheetz, möchten Sie darauf reagieren?

(Ludwig Scheetz [SPD]: Ja!)

Bitte sehr.

Ludwig Scheetz (SPD-Fraktion):
Die Kurzintervention habe ich jetzt nicht so richtig verstanden.

(Beifall SPD – Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Das überrascht mich nicht!)

Ich werte sie als billiges Manöver der Ablenkung vom eigentlichen Thema. An der Stelle muss ich noch einmal ganz klar sagen: Ich bin sehr froh und stolz, dass wir in Brandenburg die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten haben, die sich hier tagtäglich aktiv für die Demokratie in unserem Land einsetzt, und ich kann Herrn Drecoll und allen anderen nur meinen herzlichen Dank aussprechen!

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Meine Damen und Herren, inzwischen hat sich die Besuchertribüne weiter gefüllt. Ich begrüße Schülerinnen und Schüler des Hannah-Arendt-Gymnasiums Potsdam. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)
Auf der Redeliste steht nun der Beitrag der CDU-Fraktion; Herr Abgeordneter Genilke wird sprechen. – Bitte sehr.

Rainer Genilke

Mitglied der CDU-Fraktion

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 8. Mai jährt sich zum 80. Mal. Das Ende des Zweiten Weltkrieges ist ein bedeutender Tag für die Geschichte Deutschlands, Europas und der Welt – und doch bleibt es ein Tag der widersprüchlichen Gefühle.

Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat es in seiner historischen Rede vor 40 Jahren – wie ich meine – treffend formuliert:
„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“

Sehr geehrte Kollegen von der AfD, dies ist ein Tag, an dem wir trauern dürfen und vor allem trauern müssen.

(Beifall CDU, SPD und BSW – Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Ja, dagegen sagt doch keiner was!)

Es war ein Tag der Befreiung von einer verbrecherischen Diktatur,

(Dennis Hohloch [AfD]: Weizsäckers Vater!)



Rainer Genilke

aber unzweifelhaft auch ein Tag der Niederlage, Zerstörung, Trauer und Orientierungslosigkeit.

Wir gedenken der Opfer eines beispiellosen Zivilisationsbruchs: sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden, Millionen Opfer unter den Völkern Europas – allen voran in Polen, der Sowjetunion und auch in der Ukraine. Allein dort starben acht Millionen Menschen. Auf ukrainischem Boden fanden auch entscheidende Kämpfe statt.

Bis heute mahnen uns Gedenkstätten wie in Sachsenhausen und Ravensbrück, nie zu vergessen, was Menschen anderen Menschen angetan haben – sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch danach.

Weizsäcker sagte dazu: „Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird."

An diesem Ausspruch und Anspruch müssen wir uns messen.

Wir erinnern auch an das Leid, das die Sowjetunion mit sich gebracht hat. Allein beim Massaker von Katyn erschossen vom 3. April bis 11. Mai 1940 NKWD-Angehörige etwa 4.400 gefangene Polen. All das kam letztlich zustande, weil es einen Hitler-Stalin-Pakt und einen Zusatz gab, wonach die beiden Diktaturen als Verbündete auftraten, nämlich bei der Besetzung des Baltikums, aber auch Polens.

Im Zusammenhang mit der Besetzung Deutschlands verloren un-

zählige Zivilisten ihr Leben – oftmals natürlich auch durch sowjetische Soldaten. Brandenburg war besonders in der letzten Phase des Krieges, das haben wir gehört, von Zerstörung betroffen, und noch immer müssen regelmäßig Bomben entschärft werden, die Bomber der Alliierten über Brandenburg abgeworfen haben. Zudem begann für viele Menschen in Ostdeutschland am 8. Mai eine neue Unfreiheit.

Deshalb ist bis heute der Begriff „Befreiung“ insbesondere aus ostdeutscher Perspektive ambivalent. Wir gedenken beidem: der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Leids, das viele Deutsche während des Krieges und auch danach noch ertragen mussten. Diese Ambivalenz darf nicht verschwiegen werden.

Es ist richtig, dass die Gedenkstätten besser unterstützt werden müssen, und es ist zu prüfen, wie man das Gedenken auch weiter stärken kann.

(Beifall CDU, SPD und BSW)

Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass der 8. Mai von links und rechts instrumentalisiert wird. Am linken Rand dominiert ein unkritischer Blick auf die Rolle der Sowjetunion. Auf der anderen Seite versuchen Teile der extremen Rechten, den 8. Mai als Tag der Niederlage umzudeuten, als Verlust von Souveränität, Ehre und Identität. Dabei wird bewusst die Verantwortung Deutschlands für den entfesselten Weltkrieg und den Zivilisationsbruch des Holocaust relativiert. Nie können die Opfer des Zweiten Weltkrieges „ein Vogelschiss in der Geschichte“ sein.

(Beifall CDU, SPD und BSW – Dennis Hohloch [AfD]: Das hat er so nie gesagt! – Zuruf des Abgeordneten Lars Hünich [AfD])

Erinnern ist nicht nur Staatsräson, sondern Auftrag. In der Weizsäcker-Rede heißt es weiter: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Das ist Auftrag und Verantwortung zugleich, besonders in Zeiten, in denen Populismus, Geschichtsvergessenheit und Extremismus wieder zunehmen. Wer hingegen beginnt, Kriegsverbrechen der Alliierten mit der systematischen Vernichtungspolitik des NS-Regimes gleichzusetzen, der verwischt die historischen Linien auf gefährliche Weise.

(Beifall CDU, SPD und BSW)

Der Holocaust bleibt in seiner Singularität beispiellos. Der 8. Mai war Befreiung und Zäsur. Aus diesen doppelten Erfahrungen erwächst die Verpflichtung, Freiheit und Demokratie nie für selbstverständlich zu halten. Alle, die wir hier sitzen, haben aufgrund der Gnade der späten Geburt keine direkte Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus, aber umso größer ist unsere gemeinsame Verantwortung.

(Beifall CDU, SPD und BSW)

Der Antrag der BSW-Fraktion greift zu Recht den 8. Mai als historisches

Datum von großer Bedeutung auf. Gleichzeitig blendet die Würdigung der Roten Armee als Befreier wesentliche Teile der Gesamtgeschichte aus. Auch Amerikaner, Briten, Franzosen, Kanadier und viele mehr waren für den Sieg der Alliierten von entscheidender Bedeutung und unterstützten auch die vorrückende Armee massivst.

Gedenken braucht Ehrlichkeit und braucht Mut zur Differenzierung. Das ist unsere Überzeugung. Wenn die heutige Bedrohung durch Russland hinter dem Schleier einer geforderten Aussöhnung mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verschwindet, wird der Blick in die Geschichte zur rhetorischen Kulisse ohne Konsequenzen für das Heute.

(Beifall CDU)

Selbstverständlich bleibt auch Weizsäckers Aufforderung unerschütterlich wahr. Er sagte: „Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass […]“. Wir sehen im 8. Mai auch eine Mahnung, unsere Demokratie zu schützen – gegen jede Form von Extremismus, gegen Antisemitismus, gegen Hass und gegen historische Relativierung, von welcher Seite auch immer.

(Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Rainer Genilke (CDU-Fraktion):
Wir als CDU stehen dabei für eine wehrhafte Demokratie, für ein starkes Europa, für eine Erinnerungskultur, die nicht ideologisch verengt, sondern historisch differenziert ist. Die persönliche Freiheit ist das höchste Gut des Menschen, und damals wie heute wählen wir die Freiheit. – Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD und BSW)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Einen Redebeitrag angemeldet hat der Antisemitismusbeauftragte, Herr Andreas Büttner. Bitte sehr.

Andreas Büttner

Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren auf den Besucherrängen und am Bildschirm! 80 Jahre – eine Zahl, die so groß klingt und doch so klein ist: 80 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, 80 Jahre nach dem Ende eines von Deutschland begonnenen Krieges, der die Welt in Asche legte, 80 Jahre nach dem Tag, an dem sich die Tore von Auschwitz öffneten und das



Andreas Büttner

Grauen, das die Menschheit geschaffen hatte, ans Licht trat.

Die Schoah liegt 80 Jahre zurück – ein Menschenleben, eine Spanne, die für manche eine Ewigkeit ist und für andere der Atemzug eines Überlebenden, der noch einmal versucht, seine Geschichte zu erzählen, bevor die Stille ihn holt. Die letzten Zeugen der Schoah – sie werden weniger. Ihre Stimmen schwinden, ihre Geschichten verblassen in unserer Gegenwart. Bald wird niemand mehr übrig sein, der uns seine eintätowierte Häftlingsnummer zeigen kann. Bald wird niemand mehr erzählen können, was es bedeutet, mit fünf Jahren in einem Viehwaggon zu stehen, eingepfercht, ohne Licht, ohne Wasser, und nicht zu wissen, dass am Ende der Schienen der Tod wartet.

Wer wird dann für sie sprechen? Wer wird dann die Erinnerung tragen? Wir sagen oft, dass wir aus der Geschichte gelernt haben. Aber haben wir das wirklich? Lassen Sie uns von Menschen sprechen, von einem Kind, das im Ghetto hungerte, die Hände um einen harten Brotkanten gelegt, so fest, als könnte es den Tod selbst bewältigen; von einer Mutter, die ihr Kind im Arm hielt, während SS-Männer auf dem Bahnsteig entschieden: links oder rechts – Leben oder Tod; von einer jungen Frau, die in Auschwitz zwischen Bergen von Schuhen stand und den Geruch von verbranntem Fleisch einatmete, wissend, dass darunter ihre Eltern waren; von all jenen, die dachten, sie hätten noch ein Morgen, und in den Waggons starben, bevor sie das Lager erreichten; von denen, die ihre letzten Worte nie aussprechen konnten. Die Schoah ist nicht abstrakt. Sie war Leben – gestohlen, vernichtet, in Rauch aufgelöst.

Was bedeutet es dann, dass wir heute 80 Jahre befreit sind? Ist die

Befreiung beendet, wenn Synagogen unter Polizeischutz stehen müssen? Ist die Befreiung beendet, wenn jüdische Schüler ihre Identität verbergen, um nicht bedroht zu werden, wie vor wenigen Tagen ein zwölfjähriger Junge in Berlin, der eine Kippa trug? Ist die Befreiung beendet, wenn auf deutschen Straßen wieder skandiert wird: „Tod Israel!“, „Tod den Juden!“? Wir stehen hier, 80 Jahre später, und sehen, dass die alten Gesichter nicht verschwunden sind. Sie haben ihre Gesichter verändert, aber ihr Hass bleibt derselbe.

(Dennis Hohloch [AfD]: Sie haben die Hautfarbe verändert! – Gegenruf von der SPD: Das ist unfassbar!)

Die Welt hat sich verändert, aber der Antisemitismus hat überlebt. Er überlebte den Krieg. Er überlebte die Prozesse von Nürnberg. Er überlebte die Schwüre von „Nie wieder!“. Ist das genug? Ist das genug? Ist das beendete Befreiung? Wahre Befreiung ist nicht der Tag, an dem Auschwitz geöffnet wurde. Wahre Befreiung ist der Tag, an dem kein Mensch mehr Angst haben muss, weil er Jude ist. – Dieser Tag ist nicht gekommen. Werden wir unseren Kindern eine Welt hinterlassen, in der sie sich nicht mehr verteidigen müssen, oder werden wir sie in eine Zukunft schicken, in der sich die Geschichte wiederholt?

„Nie wieder!“, das bedeutet nicht Erinnerung allein. „Nie wieder!“ bedeutet handeln. „Nie wieder!“ bedeutet, nicht zu schweigen, wenn sich Hass erhebt. „Nie wieder!“ bedeutet, nicht erst zu reagieren, wenn es zu spät ist. „Nie wieder!“ bedeutet, dass wir nicht darauf warten, dass der letzte Zeitzeuge geht, bevor wir den Kampf gegen Antisemitismus ernst nehmen. Wir schulden es den Millionen Menschen, die keine Stimme mehr haben. Wir schulden es den Überlebenden, die ihre Albträume mit ins Grab nehmen. Wir schulden es den kommenden Generationen, dass wir ihnen eine Welt hinterlassen, in der sie keine Angst haben müssen, sie selbst zu sein. 80 Jahre nach der Schoah dürfen wir nicht nur erinnern, wir müssen verhindern. Denn Befreiung ist nicht nur ein Ereignis der Vergangenheit, Befreiung ist eine Aufgabe der Gegenwart. Und solange jüdisches Leben in Deutschland bedroht ist, solange Hass wieder auf unseren Straßen marschiert,

(Dennis Hohloch [AfD]: Importierter Hass! – Gegenruf von der Regierungsbank)

solange „Nie wieder!“ ein Versprechen bleibt, das gebrochen werden kann, so lange sind wir nicht endgültig befreit. Am Israel Chai! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BSW und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Crumbach. Bitte sehr.

Robert Crumbach

Minister der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg



Robert Crumbach

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 8. Mai jährt sich zum 80. Mal der Tag der Befreiung Deutschlands von der faschistischen Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa – ein Tag, der von herausragender Bedeutung für uns alle ist, ein Tag, der uns an das Ende eines der schlimmsten Kapitel der deutschen und der Menschheitsgeschichte erinnert und uns zugleich eine Verpflichtung auferlegt, eine Verpflichtung, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und für die Werte von Frieden, Demokratie und Menschlichkeit einzutreten. Das fordert nicht nur zu einer Erinnerung an die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges heraus, sondern mahnt auch an die Verantwortung, die wir gegenüber den Opfern, den Überlebenden und den Angehörigen tragen.

Millionen Menschen verloren ihr Leben, wurden für immer versehrt oder mussten flüchten. Tausende von Städten und Dörfern wurden zerstört, ganze Gemeinschaften ausgelöscht. Bei dieser Erinnerung an die Gräueltaten und die unermessliche Zerstörung geht es allerdings nicht nur darum, der Vergangenheit zu gedenken. Es geht vielmehr auch darum, die Verantwortung für das, was geschehen ist, in die Gegenwart zu übertragen und für heute Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall BSW und SPD)

Der Jahrestag erinnert uns daher zum einen an die tiefe Verantwortung, die wir gegenüber den Ländern und Völkern haben, die unter dem Nationalsozialismus besonders gelitten haben, wie die Sowjetunion und Polen. Auch deshalb sind die Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen von so großer Bedeutung. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 entfachte das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg und machte Polen zum Experimentierfeld seiner rassistisch motivierten Vernichtungspolitik. Tausende Zivilistinnen und Zivilisten und hierbei gezielt Angehörige der polnischen Führungsschicht wurden ermordet. Es kam zu Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen. Millionen von jüdischen und nichtjüdischen Polinnen und Polen starben in den deutschen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern. Widerstand – und es gab ihn in vielerlei Form – versuchten die deutschen Besatzer mit Massenverhaftungen und Hinrichtungen von Zivilistinnen und Zivilisten zu unterdrücken.

Im Wissen um dieses unermessliche Leid und diese Schuld dürfen wir die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen nicht als abgeschlossen, sondern müssen wir sie als fortdauernden Prozess betrachten. Es ist eine große Errungenschaft, dass Polen und Deutschland, Brandenburg und die Woiwodschaften Lubuskie, Westpommern, Niederschlesien, Großpolen und Masowien heute als Nachbarn und Partner so eng miteinander verbunden sind.

(Beifall BSW und SPD)

Wenn wir heute zukunftsgerichtet und verbunden mit all den Herausforderungen und Chancen einen gemeinsamen deutsch-polnischen Verflechtungsraum in der Mitte Europas erarbeiten, erinnert uns der 8. Mai auch daran, welch ein Geschenk dieser grenzüberschreitende brandenburgisch-polnische Alltag ist.

Zum anderen erinnert uns der 8. Mai an die Verantwortung für das menschliche Miteinander an sich. Ich bin überzeugt, dass zwischenmenschliche Beziehungen, gestärkt etwa über Jugendaustausch, der Schlüssel dazu sind, gute und friedliche Beziehungen zwischen Staaten zu fördern, Konflikte und Kriege zu vermeiden.

(Beifall BSW und SPD)

Der Jahrestag erinnert uns schließlich auch an die historische Verantwortung gegenüber den Menschen in unserem eigenen Land. Brandenburg war eines der am meisten und stärksten verwüsteten Gebiete Deutschlands. So wurde beispielsweise fast die gesamte Innenstadt von Frankfurt (Oder) durch Bomben zerstört. Auch Brandenburg an der Havel traf es besonders schwer. Doch gerade in der Erinnerung liegt auch die Chance, in Freundschaft und Verständnis mit unseren Nachbarn in Europa zusammenzuarbeiten, aufeinander zuzugehen und ein starkes vereintes Europa zu schaffen.

(Beifall BSW und SPD)

Nach den verheerenden Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges war die Gründung der Europäischen Union ein entscheidender Schritt, um solche Konflikte in Europa in Zukunft zu verhindern. Sie brachte verfeindete Nationen zusammen und schaffte ein Netzwerk, das – zunächst über wirtschaftliche Kooperationen – zu einer Gemeinschaft auf Grundlage von Solidarität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten geworden ist. Ich denke, wir können heute mit Blick auf die Europäische Union sagen, dass wir aus den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts eine Lehre gezogen haben. Zu Recht wird die EU daher auch als Friedensprojekt bezeichnet. Es hat Fehler und Unzulänglichkeiten, aber es gibt kein besseres.

(Vereinzelt Beifall BSW und SPD)

Gerade wir in Deutschland können uns glücklich schätzen, dass wir uns damals und im weiteren Verlauf der Geschichte unseren Nachbarstaaten diese zweite Chance gewährt haben. Daraus erwächst die besondere Verantwortung, wie sie auch die Landesverfassung in ihrer Präambel betont und die im Übrigen auch in unserem Koalitionsvertrag Ausfluss gefunden hat. Der 8. Mai ist nicht nur ein historischer Meilenstein. Er ist Mahnung für die Zukunft, Mahnung, den Frieden aktiv zu verteidigen und die Grundwerte, für die wir als Gesellschaft stehen, zu schützen. Das setzt zuallererst auf Völkerverständigung und weniger auf gefährliches Hochrüsten.

Ein Leben in Frieden und Freiheit ist nie selbstverständlich. Es muss jeden Tag aufs Neue erarbeitet, verteidigt und erkämpft werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie: Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen der Erinnerung, des Respekts und des friedlichen Miteinanders, insbesondere mit unseren polnischen Nachbarn, setzen. – Danke.

(Beifall BSW und SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: War das die Anmeldung einer Kurzintervention, Herr Hohloch? – Ja, bitte.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Dennis Hohloch (AfD-Fraktion):



Dennis Hohloch

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister Crumbach, Sie

haben im Vergleich zu anderen Rednern hier ein differenziertes Bild zu zeichnen versucht. Aber ich möchte noch einmal eines betonen: Wer von Verantwortung und von Mahnung spricht, darf den Blick nach hinten nicht scheuen. Und diesen Blick scheuen Sie, indem Sie ebendiesen Tag als „Befreiungstag“ bezeichnen. Ihre Fraktion möchte einen Feiertag zur Befreiung am 8. Mai.

Ich möchte Ihnen einmal zwei Beispiele nennen, die aus meiner persönlichen Sicht nicht für einen Tag der Befreiung sprechen. Ich will an dieser Stelle ganz klar sagen: Ich möchte niemanden gegeneinander aufwägen,

(Zurufe von SPD und BSW: Nein!)

weder die Opfer, die durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu Tode kamen, noch die anderen. Aber ich nenne Ihnen zwei Beispiele aus meiner Familie:

Ein Bekannter meiner Familie musste als Junge aus Ostpreußen fliehen; er ist vor einigen Jahren gestorben. Seine Mutter wurde von der Roten Armee vor seinen Augen vergewaltigt, während man ihm die Kalaschnikow an den Kopf hielt, damit er sich das ansieht. Dieser Mann hatte bis zu seinem Tod einen tief sitzenden Hass gegen die Russen – das war seine Aussage.

Meine Großmutter hat während des Krieges beide Elternteile verloren, wurde adoptiert und musste auf der Flucht mit den Adoptiveltern mit ansehen, dass am Wegesrand die Leiche einer Mutter lag, die ein lebendiges Kind, ein Baby, in den Armen hielt. Dieses Kind haben sie aufgenommen; es wurde danach ihr Bruder.

Da kann mir niemand sagen, dass das ein Tag der Befreiung war. Dieser Tag war für die Deutschen kein Tag der Befreiung. Es war ein Tag des Leides, genau wie die Tage davor, in denen dieser Krieg Leid über Europa und Deutschland brachte. Es ist undifferenziert, zu sagen, dass die Deutschen diesen als Tag der Befreiung sehen.

(Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke: Wo kam denn der Krieg her? Vielleicht können Sie das noch mal erklären!)

Herr Dr. Kaufner hat das richtig ausgeführt. Ursache und Wirkung ist das eine, aber es rechtfertigt keine Kriegsverbrechen – egal, von wem, Herr Ministerpräsident.

(Beifall AfD)

Für Sie ist es vielleicht eine Rechtfertigung für Kriegsverbrechen, wenn andere einen Krieg vom Zaun gebrochen haben. Für uns ist es das nicht. Ich bitte daher diesen Landtag inständig, den Entschließungsantrag nicht anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Herr Minister Crumbach, möchten Sie dazu das Wort ergreifen? – Der Ministerpräsident persönlich möchte etwas dazu sagen. Bitte schön.

(Unruhe bei der AfD)

Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg



Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 80. Jahrestag am 8. Mai ist ein Tag der Befreiung, nämlich der Tag der Befreiung für viele Menschen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt, die unter Rechtsextremismus gelitten haben.

(Beifall SPD, BSW und CDU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD])

Das ist der Tag der Befreiung. Eine rechtsextremistische Diktatur wurde in Deutschland abgeschüttelt, und es ist heute noch schwierig für uns, zu sagen, dass es dazu andere brauchte, dass wir es nicht selbst geschafft haben.

(Dennis Hohloch [AfD]: Stauffenberg hätte es fast geschafft!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für uns auch wichtig, die richtige Lehre daraus zu ziehen: Nie wieder dürfen in diesem Land Rechtsextremisten Regierungsverantwortung tragen! – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat immer die Möglichkeit, das Wort zu nehmen. Die Frage nach der Reaktion auf die Kurzintervention richtete sich an Herrn Minister Crumbach. –

Möchten Sie noch etwas dazu sagen?

(Minister Robert Crumbach: Dem habe ich nichts hinzuzufügen! – Gegenruf des Abgeordneten Dennis Hohloch [AfD]: Das glaube ich!)

Danke schön. – Dann kommen wir nach der Redeliste zum nächsten Beitrag, und zwar von Herrn Abgeordneten Dr. Berndt. Er spricht für die AfD-Fraktion.

(Beifall AfD)

Dr. Hans-Christoph Berndt

Vorsitzender der AfD-Fraktion



Dr. Hans-Christoph Berndt

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Deutschen haben viele bewunderte und liebenswerte Eigenschaften, aber wir haben nicht nur gute Eigenschaften; wir haben auch Eigenschaften, die nicht gut sind.

(Minister Robert Crumbach: Das stimmt!)

Und diese Eigenschaften werden in dieser Aktuellen Stunde deutlich,

(Minister Robert Crumbach: Das stimmt!)

Sie werden im Entschließungsantrag der SPD- und der BSW-Fraktion deutlich,

(Wolfgang Roick [SPD]: Ihrer Fraktion!)

und sie werden vor allem deutlich in der Reaktion auf die Rede meines Kollegen Dr. Dominik Kaufner. Ich sage Ihnen eines: Nicht Herr Kaufner und nicht die AfD sollen sich schämen, sondern es sollen sich diejenigen schämen, die sich hier in einer Lautstärke und mit Schaum vor dem Mund über seine Rede aufgeregt haben. Wer mit dem Finger auf andere zeigt, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst.

Ich nenne Ihnen drei Gründe, warum Sie von SPD und BSW und auf der Regierungsbank nicht außer sich sein, sondern in sich gehen und Ihre Haltung überdenken sollten.

Erstens: Ihr Entschließungsantrag und Ihre Diskussionsbeiträge – auch Ihr Beitrag, Herr Ministerpräsident Woidke – folgen einmal mehr dem Versuch, sich mit den Siegern des Zweiten Weltkrieges zu identifizieren. Sie fliehen aus Ihrer geschichtlichen Rolle, Sie fliehen aus Ihrer Herkunft und versuchen, sich durch Identifikation mit den Siegern mit den Siegern gemein zu machen. Das ist ein untauglicher Versuch. Ich habe ihn bereits vor fünf Jahren kritisiert, als hier die Linken den Antrag eingebracht haben, den 8. Mai zum Feiertag zu erklären, und die SPD diesen damals noch abgelehnt hatte.

(Aha! bei der AfD – Zuruf: Oha!)

Wir sehen ja, wie sich die SPD seither entwickelt hat.

(Zuruf)

Ich zitiere auch noch einmal das, was ich schon damals zitiert habe, nämlich das, was Georg Christoph Lichtenberg über die Deutschen und deren Charakter, der in dem Versuch, sich mit den Siegern zu identifizieren, deutlich wird, einem unserer weniger guten Charakterzüge, gesagt hat. Lichtenberg schreibt:

„Keine Nation fühlt so sehr als die deutsche den Wert von anderen Nationen und wird leider von den meisten wenig geachtet, eben wegen dieser Biegsamkeit. Mich dünkt, die anderen Nationen haben recht: eine Nation, die allen gefallen will, verdient, von allen verachtet zu werden.“

Sehr geehrte Damen und Herren, der zweite Punkt, warum Sie in sich gehen und Ihre Haltung überdenken sollten, ist, dass Ihre Argumentation intellektuell und moralisch schwach ist. Sie ist intellektuell und moralisch armselig. Moralisch ist es armselig und geradezu nicht auszuhalten, wenn in einem deutschen Parlament ein Entschließungsantrag zum 8. Mai und zum Zweiten Weltkrieg eingebracht wird, in dem nicht mit einem Wort der deutschen Opfer gedacht wird.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

Das ist moralisch unter aller Kanone!

(Beifall AfD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Roick [SPD])

Es ist nicht akzeptabel, die Deutschen in einer Weise zu ignorieren, wie

Sie es tun. Das ist eine Flucht aus Ihrem … Auch Sie sind Deutsche, und auch Sie haben eine Verantwortung für die Deutschen. Und was intellektuell dazu zu sagen ist, hat mein Kollege Dominik Kaufner bereits gesagt. Sie bedienen sich der Terminologie, der Phrasen der Propaganda der KPD und der SED: Faschismus. Der Nationalsozialismus war kein Faschismus. Wer das gleichsetzt, hat keine Ahnung.

(Beifall AfD – Zuruf: Unglaublich!)

Mit mehr Recht, Herr Woidke, kann man den Nationalsozialismus wohl mit Sozialismus gleichsetzen als mit Faschismus, und mit Rechtsextremismus hat auch der Nationalsozialismus wirklich nur sehr fragwürdig und eher gar nichts zu tun.

(Wolfgang Roick [SPD]: Mannomann! Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Der Nationalsozialismus ist kein Faschismus, wie Sie es hier ständig gebrauchen.

(Zurufe: Aha! – Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke: Adolf war ein Kommunist, stimmt's?)

– Er war Nationalsozialist, Herr Woidke. Ich empfehle Ihnen, sich, wenn Sie mal nach Hause nach Forst fahren, mal Sebastian Haffners „Anmerkungen zu Hitler" anzuhören.

(Zuruf von der CDU: Mein Gott! – Weitere Zurufe)

Dann werden Sie erfahren, dass der Nationalsozialismus weit mehr mit Sozialismus zu tun hat als mit Faschismus.

(Beifall AfD – Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke: Genau! – Weitere Zurufe)

Im Übrigen, sehr geehrte Damen und Herren, verwenden Sie hier …

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
Von Frau Hildebrandt? Immer sehr gern.

(Vereinzelt Heiterkeit AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Bitte, Frau Abgeordnete Hildebrandt.

Elske Hildebrandt (SPD-Fraktion):
Danke. – Kurze Vorbemerkung: Es ist wirklich furchtbar, wenn Sie Herrn Haffner im Munde führen. Das einmal vorweg.

Aber ich versuche jetzt noch einmal, meine Frage unterzubringen, die Herr Kaufner nicht zugelassen hat. Vorher muss ich noch kurz Richard von Weizsäcker zitieren:

(Zuruf des Abgeordneten Dennis Hohloch [AfD] – Gegenruf des Abgeordneten Danny Eichelbaum [CDU])

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte."

(Zuruf des Abgeordneten Dennis Hohloch [AfD])

„Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen."
Meine Frage: Stimmen Sie dem zu? Stimmen Sie dem zu, dass Deutschland und Europa vor 80 Jahren von einem menschenverachtenden, faschistischen System befreit wurden?

(Beifall SPD, BSW und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Bitte schön.

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
Frau Hildebrandt, ich dachte bislang, wir wären hier in einem Parlament und nicht bei der heiligen Inquisition. Ich bin nicht bereit, diese Art von Fragen hier mit Ihnen zu diskutieren.

(Vereinzelt Beifall AfD – Oh! – Zuruf von der SPD: Feigling! – Zuruf: Peinlich! – Unruhe)

Ich füge hinzu …

(Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke: Mut zur Wahrheit! – Wolfgang Roick [SPD]: Mut zur Wahrheit! – Zuruf: Peinlich! – Anhaltende Unruhe)

– Sehr geehrte Damen und Herren, peinlich ist diese Art der Fragestellung,

(Zuruf: Nein!)

und peinlich ist Ihre Reaktion.

(Vereinzelt Heiterkeit AfD – Zuruf von der SPD: Peinlich sind Sie! – Zuruf des Abgeordneten Steeven Bretz [CDU])

Ich führe weiter aus.

(Dennis Hohloch [AfD]: Läuft die Redezeit?)

Sie benutzen hier Begriffe wie „ewig" und „Nie wieder!", Begriffe, die nicht ins Politische gehören. Und dass die nicht ins Politische gehören, sieht man ja an Ihrer Haltung zu Russland, die vor einiger Zeit noch ewige Freundschaft war und jetzt anscheinend offensichtlich zu ewiger Feindschaft mutiert ist. Begriffe wie „ewig" und „Nie wieder!" gehören ins Religiöse, aber nicht ins Politische.

(Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke: Da kennen Sie sich ja aus!)

Ins Politische gehören andere Begriffe, da nämlich das, was die Alliierten

gemacht haben, keine Befreiungstat im religiösen Sinne war, also eine Erlösung Deutschlands, sondern es war auch eine Interessenpolitik der Alliierten. Und Herr Kaufner hat es doch gesagt: Die Rote Armee hat auch Verbrechen begangen. Auch die Westalliierten haben Verbrechen begangen. Das kann man doch nicht vergessen.

(Zuruf vom BSW)

Sie haben nicht nur Verbrechen begangen, aber sie haben Verbrechen begangen. Das zu ignorieren und hier von einer ewigen Freundschaft, ewigen Allianz und ewigen Dankbarkeit zu reden,

(Zuruf von der SPD: Das tun wir nicht!)

ist kindisch und nicht politisch.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist darüber hinaus eine Art Hypermoral, der übersteigerten Moral, die das Eigene verachtet. Das ist der Grundkern: Ihre Flucht aus dem Deutschsein,

(Elske Hildebrandt [SPD]: Ach du meine Güte! – Steeven Bretz [CDU]: Eieiei!)

Ihre Flucht aus der eigenen Geschichte. Es entspricht einer Hypermoral, die – ich kann es nicht anders sagen – geradezu unmenschlich ist.

(Zuruf von der CDU: Einfach nur ekelhaft!)

Das menschliche Fühlen und das menschliche Mitgefühl haben ihr Maß, genauso wie das christliche Gebot der Nächstenliebe sein Maß hat.

(Wolfgang Roick [SPD]: Werden Sie jetzt zum Prediger, oder was?)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
Sehr gern.

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Bitte, Herr Abgeordneter Adler.

Uwe Adler (SPD-Fraktion):
Vielen Dank, Herr Dr. Berndt, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Da Sie ja nicht bereit waren, die Frage meiner Kollegin Hildebrandt zu beantworten,

(Zuruf der Abgeordneten Lena Kotré [AfD])

frage ich Sie noch mal ganz konkret, in Bezug auf absolute Zahlen: Sind Sie für die AfD-Fraktion im Land Brandenburg denn bereit, anzuerkennen, dass der faschistische Angriffskrieg im Zeitraum von 1933 bis 1945[2]

(Zuruf: Was? – Dennis Hohloch [AfD]: Er kann nicht mal richtig ab-

2 Der Zweite Weltkrieg dauerte von 1939 bis 1945.



Uwe Adler während seiner Zwischenfrage

lesen! Ist das peinlich! Der Zweite Weltkrieg von 1933! – Unruhe bei der AfD)

zu sechs Millionen toten Juden geführt hat, zum Tode von sieben Millionen sowjetischen Zivilisten geführt hat, zum Tode von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen geführt hat, zum Tode von 1,8 Millionen polnischen Zivilisten geführt hat

(Zuruf)

und zum Tode von 250.000 Sinti und Roma geführt hat? Sind Sie bereit, diese Zahlen anzuerkennen?

(Andreas Galau [AfD]: Nicht mal bei der KI kann er es richtig!)

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
Wenn diese Zahlen zutreffen, werde ich diese Zahlen nicht bestreiten. Es geht mir auch nicht darum, die Opfer auf anderer Seite zu ignorieren.

(Beifall AfD)

Aber Sie betreiben hier etwas. Sie reden von den Opfern auf der anderen Seite des Krieges, und Sie wehren sich dagegen, dass wir hier im Landtag Brandenburg auch die Opfer auf unserer Seite benennen und dieser Opfer gedenken.

(Andreas Noack [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Das nenne ich unmoralisch, das nenne ich moralisch und intellektuell verkommen.

(Beifall AfD)

Diese Maßlosigkeit, Herr Adler, ist eine Hybris, die uns krank macht, die uns als Deutsche krank macht. Und als krankes Volk können wir der Welt nichts geben. Wir sind uns selbst eine Last, und wir sind eine Last für die Welt. Wir hätten der Welt mehr zu geben als unseren krankhaften Selbsthass, und darum geht es in Zukunft.

(Vereinzelt Beifall AfD – Uwe Adler [SPD]: Wir sind kein krankes Volk!)

Ich sage Ihnen – ich wende das an –: Was wir hier …

(Uwe Adler [SPD]: Sie wollen uns immer einreden, dass wir ein krankes Volk sind, weil Sie mit gespaltener Zunge sprechen!)

– Herr Adler, können Sie mal einen Augenblick zur Ruhe kommen? – Vielen Dank. – Sie wollen nicht wahrhaben, dass es deutsche Opfer gibt. Sie wollen nicht wahrhaben, dass auch die Alliierten Interessen im Krieg verfolgt haben …

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Gestatten Sie nochmals eine Zwischenfrage?

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
… und dass auch die Alliierten Verbrechen begangen haben. Wer in dieser Art und Weise maßlos und einseitig denkt und argumentiert, der läuft Gefahr, das auch in Zukunft zu tun, wie Sie es mit Russland machen …

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Sie müssen bitte zum Ende kommen. Die Redezeit ist erschöpft.

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
… wenn Herr Redmann hier sagt, Putin ziehe eine Blutspur durch die Geschichte. Sie machen Russland jetzt zum absolut Bösen. Wir müssen davon wegkommen.

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
Wir brauchen Maß, weil Maß die Grundlage dafür ist, dass wir in Frieden mit unseren Nachbarn leben können. Das muss die Lehre aus dem 8. Mai sein und nicht Ihre maßlose Deutschenfeindlichkeit.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Eine Kurzintervention zu dieser Rede wurde von Herrn Abgeordneten Funke angemeldet. Bitte schön.

(Beifall SPD sowie vereinzelt BSW)

Johannes Funke (SPD-Fraktion):



Johannes Funke

Verehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich steige mal ein mit

Sebastian Haffner. Sebastian Haffner hat in seinem Buch „Anmerkungen zu Hitler“ aufgezeigt, wie eine Gesellschaft einer Person verfallen kann, und er hat uns mit diesem Buch ein Denkmal hinterlassen. Ich kann Sie nur bitten, Herr Dr. Berndt, dieses Buch einfach noch einmal zu lesen, und zwar richtig. – Erstens.

(Beifall SPD und CDU sowie vereinzelt BSW)

Zweitens. Ich wundere mich ein wenig, dass, obwohl wir hier in Potsdam sind, noch niemand das Potsdamer Abkommen erwähnt hat. Am Tisch der Potsdamer Konferenz hier im Cecilienhof

(Dennis Hohloch [AfD]: Auch ein Tag der Schande!)

saßen auch die USA – die USA, die vom transatlantischen Geist geprägt waren, die USA, die wir uns heute wünschen würden, die es aber damals gab und denen wir viel zu verdanken haben. Ich danke Herrn Genilke, dass er dies in seiner Rede auch erwähnt hat. Das müssen wir noch viel mehr würdigen.

(Beifall SPD und CDU)

Natürlich saßen an diesem Tisch auch Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, zu der es jetzt viele Ausführungen gab. Wir müssen festhalten: Das Potsdamer Abkommen hat eine Nachkriegsordnung geschaffen, die dafür gesorgt hat, dass wir alle in Frieden leben konnten. Damit will ich nicht die DDR verklären,

(Zuruf des Abgeordneten Dennis Hohloch [AfD])

aber wir müssen festhalten: Von da an war Frieden. Dafür ist hier in Potsdam die Grundlage gelegt worden, und das sollte auch in diesem Haus hier erwähnt werden.

Drittens. Bevor Ulrike Liedtke Landtagspräsidentin wurde, gab es einen Vorvorgänger, der Gunter Fritsch hieß. Gunter Fritsch war lange Zeit Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die Deutsche Kriegsgräberfürsorge pflegt 2,7 Millionen Gräber auf 832 Friedhöfen in 46 Ländern.

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Johannes Funke (SPD-Fraktion):
Und der Geist, der mit dieser Kriegsgräberfürsorge verbunden ist, ist, der Opfer zu gedenken. Das kann man nicht genug würdigen, und das sollte auch hier und heute gewürdigt werden. Ich sage Ihnen: Meine Großväter hätten kein Grab, wenn es diesen Verein nicht gäbe.

(Beifall SPD und CDU sowie vereinzelt BSW)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Sie müssen bitte zum Ende kommen, Herr Abgeordneter.

(Birgit Bessin [AfD]: Sie müssen vor allem keine eigene Rede hier halten!)

Johannes Funke (SPD-Fraktion):
Ich hätte noch einen Punkt, aber ich verzichte darauf; meine Botschaften konnte ich hier unterbringen. – Danke.

(Beifall SPD sowie vereinzelt BSW)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Herr Abgeordneter Dr. Berndt wird antworten wollen. – Ich darf einwerfen, dass ich das Amt der Vorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge von meinem Vorvorgänger geerbt habe und ausübe.

(Beifall SPD sowie vereinzelt BSW und CDU)

Herr Abgeordneter Dr. Berndt, bitte.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion):
Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Funke, ja, „in Frieden leben“. Herr Kaufner hat doch alles gesagt: Es wurden nach 1945 KZs, die die Nationalsozialisten eingerichtet hatten, von den sowjetischen Besatzern weitergeführt. Was sagen Sie denn den Menschen, die beim Aufstand vom 17. Juni 1953 waren? Was sagen Sie denn den Ungarn, die sich 1956 gegen die sowjetische Diktatur gewehrt haben? Was sagen Sie den Menschen, die den Prager Frühling unterstützt haben? Was sagen Sie den Polen, die die Solidarność unterstützt haben? Was sagen Sie den Menschen, die während der Friedlichen Revolution auf die Straße gegangen sind, weil sie die Unterdrückung satthatten

(Johannes Funke [SPD]: Ich habe gesagt, dass ich die DDR nicht verkläre!)

und weil sie eben nicht in Frieden in ihrem Land leben konnten? Was sagen Sie denn denen?

(Beifall AfD)

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auf die USA eingegangen sind. Ja, wir sollten unser Verhältnis zu den USA überdenken. Ich sage Ihnen: Donald Trump wird uns so wenig erlösen wie Wladimir Putin.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Aber wir sollten die positiven Impulse aufnehmen, die diese neue US-Administration setzt. Wir sollten froh und glücklich sein und dem Herrgott danken, dass Trump dabei ist, Frieden in der Ukraine zu schaffen,

(Lachen des Abgeordneten Steeven Bretz [CDU])

während die vorherige Administration das nicht getan hat.

(Beifall AfD)

Und wir sollten dankbar aufnehmen, was sein Berater Elon Musk uns, den Deutschen, gesagt hat.

(Kurt Fischer [SPD]: Wie viel Kohle kriegst du dafür?)

Er hat gesagt: Es ist sehr wichtig, dass die Menschen in Deutschland stolz darauf sind, Deutsche zu sein. – Das sagt jemand aus den USA. Das sollten wir uns zum Vorbild nehmen und nicht die krankhafte Selbstverachtung, die Sie hier gepredigt haben.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Wir atmen erst mal tief durch. Sätze mit „Wir sollten …“ sind nie gut.

Ich begrüße ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Torhorst-Gesamtschule Oranienburg. Es sind zwei Klassen; unsere Besuchertribüne ist fast voll. Die beiden Schulklassen sind auf Einladung des Abgeordneten Björn Lüttmann zu uns gekommen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Scheetz für die SPD-Fraktion. Bitte.

Ludwig Scheetz

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der AfD in dieser Debatte bleibt eins festzuhalten: Es geht ihr nicht um historisches Gedenken, es geht ihr um politische Umdeutung. Die AfD versucht, den 8. Mai umzudeuten, zu relativieren und in ihr eigenes geschichtspolitisches Weltbild zu pressen. Sie stellt die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus infrage und beklagt gleichzeitig, deutsche Opfer würden bewusst ausgeklammert.

(Lena Kotré [AfD]: Ja!)

Dahinter steht nicht der Wunsch nach differenzierter Erinnerung, sondern der Versuch, unser Gedenken insgesamt zu delegitimieren.

Deshalb will ich ganz klar sagen: Wer heute an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert, ist nicht deutschenfeindlich, wie Sie es bezeichnen, sondern übernimmt Verantwortung.

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Ludwig Scheetz (SPD-Fraktion): Nein. – Ja, auch Deutsche haben unter Krieg, Vertreibung und Nachkriegszeit gelitten. Auch dieses Leid hat seinen Platz in der Erinnerungskultur, und er wird ihm auch eingeräumt. Aber wer das Leid der Opfer des Holocaust oder der KZ-Systeme relativiert, indem er es aufrechnet, der will nicht ergänzen, der will verdrängen.

(Beifall SPD sowie vereinzelt BSW – Dennis Hohloch [AfD]: Sie rechnen auf! – Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Das hat niemand gesagt! – Weitere Zurufe von der AfD)

Es geht hier nicht um „Deutsche gegen andere“, es geht um die Frage: Wollen wir die Geschichte ehrlich aufarbeiten, oder wollen wir sie missbrauchen, um politisch Stimmung zu machen?

(Beifall SPD sowie vereinzelt BSW)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Ich frage noch einmal, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Ludwig Scheetz (SPD-Fraktion):
Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. – Die Antwort ist für uns klar: Wir stehen für eine Erinnerungskultur, die die Würde der Opfer schützt, das historische Unrecht klar benennt und daraus Verantwortung für heute ableitet. Deshalb sagen wir mit Blick auf den 8. Mai klar: Dieser Tag bleibt ein Tag des Gedenkens, der Befreiung und der Verpflichtung. Wer das leugnet, hat nichts verstanden oder will, dass sich Geschichte wiederholt.

(Beifall SPD sowie vereinzelt BSW und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke:
Meine Damen und Herren, es gibt noch Redezeit für die Fraktion BSW bzw. für Herrn Minister Crumbach. Wird gewünscht, diese zu nutzen? – Das ist nicht der Fall. – Doch. Herr Abgeordneter Lehmann, bitte schön.

Gunnar Lehmann

Mitglied der BSW-Fraktion

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Liebe Schüler! Liebe Landsleute! Kaum ein Dorf gibt es in Mark ohne eine Kriegsgräberstätte, kaum ein Dorf, welches nicht in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges eine Apokalypse über sich hereinbrechen sehen musste, kaum ein Dorf, in dessen Mitte nicht ein Denkmal an die in zwei Weltkriegen gefallenen Söhne, Brüder oder Väter erinnert. Die letzten hochbetagten Zeugen dieses furchtbaren Geschehens verstummen nach und nach für immer. Es sind die Denkmäler, die bleiben. Was nicht verstummen darf und bleiben muss, ist die Mahnung unserer Eltern und Großeltern, die da lautet: Nie wieder Krieg!

(Beifall BSW sowie vereinzelt AfD)

Kommen wir zur Gegenwart. So heißt es im Antrag auf die Aktuelle Stunde ja auch „Mahnung für Frieden in unserer Zeit!“. Heute leben wir in und mit der sogenannten Zeitenwende, und diese Zeitenwende führt zu einer ganzen Reihe von Widersprüchen, die wir heute auch in der Debatte erleben konnten. Vor den erwähnten Denkmälern werden sich in den kommen-



Gunnar Lehmann

den Wochen viele verneigen, werden Kränze niedergelegt, und es wird viel vom Frieden die Rede sein. Währenddessen werden andere und teilweise sogar die gleichen Personen umsetzen, was Bundestag und Bundesrat kürzlich beschlossen haben: Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit.

(Vereinzelt Beifall AfD –
Dr. Jan Redmann [CDU]: Schäbig!)

Ein weiteres Paradoxon: Da werden einige an besagten Denkmälern stehen und andere werden fehlen, weil sie, wie man kürzlich der Presse entnehmen konnte, ungebetene Gäste fürchten. Mehr noch: Das grüne Außenministerium erstellt eine Handlungsempfehlung zum richtigen Umgang mit diesen ungebetenen Gästen, an die sich auch brandenburgische Kommunen halten sollen. Bei allem Verständnis für das aktuell harte diplomatische Parkett muss es doch möglich sein, auf der einen Seite einen Angriffskrieg zu verurteilen und auf der anderen Seite gemeinsam mit einem Vertreter der Nachfolgestaaten der Sowjetunion an den Gräbern der Gefallenen innezuhalten.

(Beifall BSW sowie vereinzelt AfD)

Ein weiteres Paradoxon: Ausgerechnet der amerikanische Präsident Trump, der offen von der Annexion Grönlands oder Gazas spricht, den Handelskrieg gegen China und nun auch gegen die Europäische Union forciert und die wahren ökonomischen Triebfedern des Imperialismus – den Drang nach Land und Rohstoffen – ganz unumwunden zugibt, ausgerechnet dieser Mann ist im Begriff, den Krieg in der Ukraine zu beenden, weil die Friedensnobelpreisträgerin EU versagt hat.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Ein letztes Paradoxon: Da wird an allen Enden Solidarität gefordert und der Kampf für gemeinsame Werte, für Freiheit und Demokratie beschworen. Jahrelang wurde die Schuldenbremse verehrt wie ein goldenes Kalb. Jetzt weicht sie ausgerechnet für Investitionen in Waffen. Gleichzeitig soll das Bürgergeld gestrichen und sollen die Grenzen für die Verdammten dieser Erde geschlossen werden.

(Ludwig Scheetz [SPD]: Dass das gestrichen wird, ist Schwachsinn!)

Steuern für die Reichen sinken, während Kinder und Kindeskinder die Zinsen für die Kriegskredite von heute zahlen, so sie nicht mit der Waffe in der Hand zu Felde ziehen.

Aus dem Land von Angela Merkel, in dem wir alle gut und gerne leben sollten, ist leider kein Land geworden, für das man jetzt unter Friedrich Merz gut und gerne sterben will. Wessen Interessen meint Merz, wenn er erklärt, Deutschland brauche einen Politikwechsel, um unsere Interessen und Werte effektiv durchsetzen zu können? Sind das die Interessen der arbeitenden Menschen, der Rentner, der Schüler und Studenten? Wenn ein Millionär von gemeinsamen Interessen spricht, muss man diese Frage stellen dürfen.

Herr Dr. Berndt, wir haben nicht viel gemeinsam,

(Dr. Jan Redmann [CDU]: Offensichtlich doch!)

aber wir teilen das Interesse für die Aphorismen von Georg Christoph Lichtenberg. Dieser sagte einst:

„Wie herrlich würde es nicht um die Welt stehen, wenn die großen Herrn den Frieden wie eine Maitresse liebten, sie haben […] zu wenig vom Kriege zu fürchten."

Kriege werden nie im Interesse derer geführt, die in ihnen sterben. Die Interessen der Lebenden von heute sind dieselben wie die Interessen der Toten – und ich möchte betonen: aller Toten und aller Opfer – zweier Weltkriege.

(Beifall BSW sowie vereinzelt Beifall AfD)

Es ist das Leben, es ist der Frieden, es ist an der Zeit.

Und, Herr Dr. Berndt, es stimmt nicht. Wir identifizieren uns nicht nur mit den Siegern.

(Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Dann ist ja gut!)

Wir identifizieren uns mit allen Opfern. Wir feiern auch nicht, sondern wir trauern, und ich denke, das ist deutlich geworden. Und es wird Sie wundern: Wir sind in der Lage, zu differenzieren, zu unterscheiden zwischen der Sowjetunion und dem heutigen Russland, zwischen dem 8. Mai und dem 17. Juni, zwischen Faschismus und Kommunismus. Bei

Ihnen – Stichwort: Hitler war Kommunist – bin ich mir da nicht so sicher.

(Dr. Hans-Christoph Berndt [AfD]: Das habe ich nicht gesagt!)

Wo wir nicht differenzieren werden zwischen deutsch und nicht-deutsch, ist bei den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft, und das wird, denke ich, in unseren Anträgen auch sehr deutlich.

(Beifall BSW)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Gunnar Lehmann (BSW-Fraktion): Ich bin mit meinen Ausführungen am Ende. – Ich kann Sie nur einladen: Stimmen Sie dem Antrag zu! Ich denke, wir betonen das Leid aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, und das ist auch richtig.

(Beifall BSW)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Vielen Dank. – Eine Kurzintervention wurde von Herrn Abgeordneten Dr. Redmann angemeldet. Bitte.

Dr. Jan Redmann (CDU-Fraktion): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben angesichts der Rede von Herrn Lehmann gerade das erfahren müssen, wovor mein Kollege Genilke in seiner Rede kurz zuvor noch gewarnt



Dr. Jan Redmann

hat. Wir haben nämlich erfahren müssen, dass es Versuche gibt, den 8. Mai und das Gedenken an den Krieg und an die Opfer zu vereinnahmen. Wir haben den Versuch der Vereinnahmung einmal vonseiten der AfD, vonseiten der Rechten, erlebt, und wir haben es gerade vonseiten der Linken, vonseiten des BSW, erlebt.

(Andreas Galau [AfD]: Das zeigt, dass die Mitte dazu nicht fähig ist!)

Wer uns ernsthaft in eine bessere Zukunft führen will, wer ernsthaft verhindern will, dass sich das Leid, dass sich Krieg, dass sich Gräuel so, wie sie sich auf deutschem Boden, auf europäischem Boden vor 80 Jahren abgespielt haben, wiederholen, der muss sich davor hüten, aus kleinkariertem politischem

Interesse solche Gedenktage für seine Zwecke instrumentalisieren zu wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Jörg Vogelsänger [SPD])

Es ist einfach unterirdisch, Herr Lehmann, hier über den 8. Mai und den 80. Jahrestag des Kriegsendes zu reden und im selben Atemzug den Krieg in der Ukraine dort hineinzumengen,

(Lars Hünich [AfD]: Das ist aber das Thema!)

ohne klar über Ursache und Wirkung, ohne klar über Täter und Opfer zu sprechen. Wir Deutschen haben in den letzten Jahren durch einen intensiven Prozess, in dem wir uns mit unserer eigenen Geschichte auseinandergesetzt haben, doch gerade gelernt, dass man auch als Täter Verantwortung übernehmen muss, dass man als Täter aus dieser Verantwortung in der Geschichte nicht herauskommt.

(Dennis Hohloch [AfD]: Was ist mit den Tätern, die Sie hereingelassen haben?)

Sich hier hinzustellen und zu sagen, man müsse am 8. Mai auch daran denken, dass es hier wieder Krieg gibt, und dabei nicht klar Täter zu benennen, nicht klar Opfer zu benennen, ist die falsche Lehre aus dem 8. Mai.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: Herr Abgeordneter Lehmann, möchten Sie reagieren? – Nein.
Dann sind wir am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung.
Wir stimmen zuerst über den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion zur Aktuellen Stunde, Drucksache 8/727, ab. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Damit wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Es gab keine Enthaltungen.

Ich komme zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 8/737, zweiter Neudruck, „80 Jahre Befreiung vom Faschismus und Ende des Zweiten Weltkrieges – der Opfer gedenken, den Befreiern danken, den Frieden bewahren!“. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Damit wurde dem Antrag mit Mehrheit zugestimmt. Es gab Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend folgenden Terminhinweis:

Im Jahr 2015 hat das Parlament den 8. Mai offiziell als Gedenktag nach dem Brandenburgischen Feiertagsgesetz aufgenommen. Das Gedenken wird im Landtag Brandenburg jährlich durch eine Veranstaltung begleitet. In den zurückliegenden Jahren waren hierfür Botschafter und Botschafterinnen für eine Festrede geladen. Darunter befanden sich die Vertreterinnen und Ver-

treter von Russland, Frankreich, der Ukraine, Polen und im vergangenen Jahr der Vereinigten Staaten von Amerika.

In diesem Jahr wird die Veranstaltung im Sankt Paulikloster in Brandenburg an der Havel durchgeführt. Neben den offiziellen Grußworten ist eine Festrede des Bischofs a.D. und Ehrenbürgers der Stadt Brandenburg an der Havel, Prof. Dr. h.c. Wolfgang Huber, geplant. Im Anschluss findet ein Konzert des Landespolizeiorchesters Brandenburg statt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe Tagesordnungspunkt 2 auf.

Impressum

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Präsidialbüro, Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Bildnachweis:
Titelbild: Landtag Brandenburg / Michael Lüder
Foto S. 4: Landtag Brandenburg / Stefan Gloede
Fotos der Festveranstaltung am 08.05.2025 im Sankt Pauli Kloster in Brandenburg an der Havel: Landtag Brandenburg / Michael Lüder
Fotos der Plenarsitzung am 27.03.2025: Landtag Brandenburg

Herstellung: LGB (Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0
Fax 0331 966-1210
post@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Folgen Sie uns: